

selbe wie ihre gesetzliche Handhabung außerhalb einer dialogischen Existenz zwischen Hirten und Gläubigen, die durch ein und denselben Geist verbunden sind. Gewiß regiert sich die Kirche leichter durch Befehl und Gehorsam, aber dabei gehen ihrem inneren Leben geistliche Werte verloren, die zur Fülle christlicher Glaubenserfahrung gehören. Der Heilige Geist befreit die Gläubigen zur Freiheit (Gal. 5, 1). Das schreibt derselbe Apostel, der grundsätzlich die Christen als Brüder anspricht und dennoch keine Willkür duldet. Hinsichtlich der Früchte des Geistes, zu denen Paulus nicht den Gehorsam zählt, gibt es kein Gesetz (Gal. 5, 22). Auch Paulus kennt den Gehorsam, und zwar den Gehorsam Jesu Christi, der sich selbst erniedrigt zur Knechtsgestalt bis zum Kreuz. Dieser Gehorsam aber war freiwillig und von keinem Gesetz befohlen.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Um einen Gebets- tag für Israel Vor drei Jahren hat das Präsidium des deutschen Zweiges der Pax-Christi-Bewegung seine Mitglieder gebeten, den 28. Dezember 1959, das Fest der Unschuldigen Kinder, als einen Gebetstag für Israel zu begehen (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 99). Inzwischen haben auch die deutschen Bischöfe anlässlich des Eichmann-Prozesses zu einem Sühnegebet am 11. Juni 1961 aufgerufen (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 435). Dieser Aufruf war ein neuer Versuch, neben der materiellen Wiedergutmachung, die ja nur begrenzte Sache des einzelnen sein kann, auch eine geistliche Wiedergutmachung durch Sühne und Gebet zu fördern, ein geistlicher Akt, der in der Tat unerlässlich ist, wenn die Wiedergutmachung nicht eine zwangsläufig unzureichende Schadenersatzleistung bleiben soll. Er reicht wie jeder geistliche Akt über den zeitlichen Anlaß hinaus und ist als Umkehr allein geeignet, eine wirkliche Gesinnungsänderung zu begründen. Ein bestimmter Gebetstag ist heute sicherlich das geeignetste Mittel, um diese zu fördern und herbeizuführen, um so schließlich die unausdenklichen Verbrechen, die an den Juden begangen wurden, nicht nur zu sühnen, sondern auch geistlich fruchtbar zu machen.

In einer Palmsonntagsansprache (gesendet im Südwestfunk am 15. April 1962) wiederholte Rektor Heinrich Spaemann seine Bitte um einen Gebetstag für Israel, der noch fehle, nachdem es bereits einen Weltmissionssonntag und eine Weltgebetsoktav für die Wiedervereinigung im Glauben gibt. Nach dem neutestamentlichen Befund enthalte das uns aufgegebenes Gebet um das Kommen des Gottesreiches drei Grundanliegen Jesu, die dem Herzen jedes christlichen Beters gegenwärtig sein müßten: die Bekehrung der Heidenvölker, die Wiedervereinigung der unter sich getrennten Christen und die Heimkehr Israels in das gemeinsame Vaterhaus. Im Hinblick auf Israel liege noch eine Decke über den Herzen vieler Menschen. Die Juden kommen in ihren Gebeten kaum vor, sie gelten ihnen nur als das Volk, das Christus abgelehnt und gekreuzigt hat, so als stünde nicht die ganze Menschheit in der Solidarität mit der Schuld von Israel, dem Volk, das in seinem Leiden wie der Sünder am Kreuz mit Jesus auferstehen wird und das Jesus im Leiden bis zur Kreuzigung ähnlicher wurde als irgendein anderes Volk. Als Jesu Volk, einst auch im Glauben, wird es die Spitze des Menschheitszuges

bilden, der in den neuen Aon einzieht — wie es im Pueri Hebraeorum prophetisch aufklingt. Bevor aber der Glaubenstag Israels anbricht, müssen da nicht erst unsere eigenen Augen sehend werden, daß wir in diesem Volk wieder den Bruder erkennen und lieben, den älteren Bruder im Erbe Gottes? Waren und sind wir nicht sein ärgstes Glaubenshindernis, ehe dies geschieht?

Im Epheserbrief wurde gesagt, daß Juden und Heiden durch Christus zu einem neuen Menschen umgeschaffen, wie beide zu dem einen Leib versöhnt wurden durch das Kreuz. Solange wir noch nicht der eine neue Mensch sind, müßten also wir Christen aus den Weltvölkern sagen: Ich bin nur ein halber Mensch. Ohne die Brüder aber gibt es beim Vater keine ungeschmälerte Freude. Die neu gewandelte Welt wird nicht eher anbrechen, als bis die Versöhnung der beiden in der einen erbarmenden Liebe des Vaters geschehen ist, in der Kirche aus Juden und Heiden. — Darum aber auch sicher nicht eher, als bis das Gebet des aus Gnade aufgenommenen Jüngeren für den abseitsstehenden Älteren heißes Gebet der ganzen Kirche geworden ist.

Diese Begründung Spaemanns führt vom Gedanken der Sühne auf die Einheit in Christus hin, die erst in der Endzeit ganz erfüllt und sichtbar sein wird. Inzwischen gilt es, eine angemessene Form für diesen Gebetstag zu finden, der sowohl auf die Sühne als auch auf die Einheit gerichtet ist. Sicherlich werden hier noch mancherlei Bedenken geäußert werden. Manche werden den Gedanken der Sühne auf die Dauer lästig oder gar unzumutbar finden — was mit einer christlichen Gesinnung allerdings schwer vereinbar ist —, manche werden in dem Gebet um die Einheit einen missionarischen Zug entdecken, der heute für die meisten Juden noch so unannehmbar ist wie seit je. Aber über diese quasi sachlichen Erwägungen sollte nicht vergessen werden, daß das Gebet, auch wenn es durch die Einsetzung eines bestimmten Gebetstages einen beinahe demonstrativen Zug erhält, ein geistlicher Akt bleibt, der nur vorbehaltlos und in gläubiger Demut vollzogen werden kann.

Das Afro-Asiatische Institut in Wien Als in den letzten Jahren die Zahl der Studenten aus Afrika und Asien an den Wiener Hochschulen rasch zunahm — derzeit sind es in Wien etwa 1500, davon 1400 aus dem Vorderen Orient, in ganz Österreich 2500 —, wurde im Herbst 1959 von Kardinal König das „Afro-Asiatische Institut“ als kirchliche Stiftung gegründet und dafür ein eigenes Haus in Wien III, Salesianergasse 3a, erworben. Das Kuratorium besteht aus dem Rektor von St. Gabriel (Gesellschaft des Göttlichen Wortes), Frau Dr. Margarete Ottlinger und Dr. Alois Pache SVD, einem langjährigen Japanmissionar; dem Beirat gehören Unterrichtsminister Drimmel als Vorsitzender, Universitätsprofessoren und Vertreter der Wirtschaft an, wodurch die so notwendige breite Basis der ideellen und materiellen Förderung des Institutes gewährleistet ist.

Die vordringliche Aufgabe des Institutes ist die Betreuung der asiatischen und afrikanischen Studenten; zunächst praktische Hilfe für Aufenthalt und Studium: Zimmerbeschaffung, Mensa (in Wien IX, Schwarzspanierhof für 600 Personen, im Haus des Institutes für 80), Studienberatung, Sprachkurse, Wiederholungskurse und Stipendien (vom Katholischen Frauenwerk gestiftet: derzeit 35; ferner von verschiedenen kirchlichen und nichtkirchlichen

Stellen, Katholischer Jugend und Jungschar, einzelnen Pfarren und Diözesen, dem Unterrichtsministerium gestiftet und vom Institut verwaltet: es sind dies 21 Stipendien).

Darüber hinaus will das Institut ein Ort der Begegnung zwischen österreichischen und asiatischen und afrikanischen Studenten sein, um diesen den Zugang zu den spezifischen Werten Europas, vor allem den christlichen Werten zu öffnen, da ihnen ja schon immer und heute in gesteigertem Maße nur die Wissenschaft und Technik und die säkularisierte Geistigkeit Europas als das typisch Europäische vor Augen gehalten wurden und werden, wodurch bekanntlich ein sehr verzerrtes Bild Europas entstand und schmerzliche Verluste verursacht wurden. Andererseits will man österreichische Studenten für die Probleme der asiatischen und afrikanischen Völker interessieren, um zur Heranbildung einer Führungsschicht beizutragen, die fähig ist, Aufgaben in bzw. für Entwicklungsländer zu übernehmen.

In diesem Sinn veranstaltet das Institut Vorträge, Filmabende (mit Diskussion), Museumsbesuche, Exkursionen, musikalische Abende, auf welchen auch das kulturelle Erbe der fremden Völker zur Geltung kommt, natürlich auch Gesellschaftsabende mit Tanz sowie Winter- und Sommerlager. (Außerdem gibt das Institut eine Vierteljahrszeitschrift „Confrontation“ heraus.) Die Vortragsabende werden jeweils von etwa 30—50 Personen besucht, von denen ein Drittel bis zur Hälfte österreichische Studenten sind, die in der Fühlungnahme mit den asiatischen und afrikanischen Studenten (das Wort „Farbige“ kommt glücklicherweise immer mehr außer Gebrauch) eine apostolische Aufgabe sehen. Die schwache Beteiligung der fremdländischen Studenten mag durch die wenig zentrale Lage des Institutes verursacht sein, zum Teil wird sie auf die allgemeine Vortragsmüdigkeit einer Millionenstadt angesichts der Überfülle des Gebotenen zurückzuführen sein.

Eine weitere Möglichkeit des Kontaktes sind die Bildungsveranstaltungen für die österreichische Bevölkerung inner- und außerhalb Wiens, etwa ein Abend mit javanischer Musik, Volkslied und Tanz. Einladungen in Familien vor oder nach der Aufführung hinterlassen auf beiden Seiten gute Erinnerungen.

Für die katholischen Studenten aus Asien und Afrika wird jeden Monat eine heilige Messe mit anschließender Zusammenkunft und eine Glaubensstunde gehalten. Von den schätzungsweise 60—80 katholischen Studenten (die, da der Vordere Orient geschlossen islamisch ist, einen erheblichen Teil der Studenten aus Schwarzafrika, Indien, Indonesien, Japan, Korea ausmachen) kommen jedesmal etwa 50—60, also der weitaus größte Teil.

Auch die Betreuung der Praktikanten, also der künftigen Facharbeiter, wird vom Institut wahrgenommen, hauptsächlich in der Zusammenarbeit mit der KAJ. Noch sind es sehr wenige, etwa 15, doch wird sich das bald ändern. Es muß verhindert werden, daß Industriebetriebe, die sich zur Aufnahme asiatischer und afrikanischer Praktikanten bereit erklärt haben, diese auf Plätze abschieben, wo sie nichts lernen, so daß sie dann schwer enttäuscht in ihre Heimat zurückkehren.

Neben der studentischen Betreuung hat sich das Institut auch die Aufgabe der wissenschaftlichen Forschung gestellt. Diese Aufgabe stand naturgemäß gegenüber der vordringlichen Aufgabe der Betreuung zurück und kann sich erst jetzt, nachdem die Kontakte stärker geworden sind, rich-

tig entwickeln. Bisher liegt eine längere Arbeit über Togo vor. Es ist zu erwarten, daß die Untersuchungen über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse der Entwicklungsländer wichtige Grundlagen für konkrete Projekte der Entwicklungshilfe abgeben werden.

Fragt man nach den Erfahrungen, die mit den afroasiatischen Studenten gemacht wurden, läßt sich etwa Folgendes sagen: Die Studenten kommen meist mit großen antieuropäischen Ressentiments nach Europa. Sie machen wenig Unterschied zwischen den europäischen Völkern und sind kaum von der Tatsache beeindruckt, daß Österreich nie eine Kolonialmacht war. Vielmehr lasten sie den „Weißen“ insgesamt die Schuld am Kolonialsystem und an der Zurückgebliebenheit ihrer Länder an. Sie halten sich für menschlich überlegen, sind überaus empfindlich und sehen eine Demütigung darin, genötigt zu sein, sich etwas schenken zu lassen. Sie haben daher eine starke Abneigung gegen das Wort Entwicklungshilfe. Diese Ressentiments können jedoch mit viel Geduld allmählich abgeschwächt und abgebaut werden, und eine gewisse Solidarität gegenüber dem Schicksal der einen Welt läßt sich zweifellos entwickeln. Dazu tragen viel die vom Institut oder den Bildungswerken vermittelten Kontakte mit katholischen Familien bei, etwa im Zusammenhang mit den erwähnten folkloristischen Aufführungen oder zu den großen Feiertagen. Die Pfarren Wiens haben dem Institut mehr Einladungen dieser Art angeboten, als derzeit gebraucht werden.

Die Studenten haben große Schwierigkeiten, sich in das Milieu einer europäischen Großstadt einzuleben. Schon die sprachlichen Schwierigkeiten sind sehr groß, da die deutsche Sprache viel schwieriger ist, als die Studenten von ihren Englisch- oder Französischkenntnissen her angenommen haben. Sie können daher oft den Vorlesungen nicht folgen und verlieren dadurch viel Zeit. Außerdem kommen die meisten nicht aus einer Großstadt, sondern aus mehr patriarchalischen Verhältnissen, die ihnen eine feste Lebensordnung gaben, und finden nun im neuen Milieu eine Freiheit vor, die sie nie gekannt haben und nicht bewältigen können. Daher die vielfache, doch nicht allgemein verbreitete moralische Enthemmung, vor allem bei den Orientalen, während die Ostasiaten, besonders die Japaner, auch die Nichtchristen, eine weit bessere Haltung zeigen. Nicht wenige sind Söhne reicher Eltern und haben zuviel Geld, doch keinen ernsthaften Willen zum Studium. Mißerfolge steigern dann die antieuropäischen Ressentiments. Andere wieder haben eine sehr gute Haltung und erbringen erstaunliche Leistungen im Studium.

Was die christlichen Werte Europas betrifft, haben die Studenten von sich aus wenig Neigung, diese Werte aufzufinden und zu bedenken. Sie wollen nur das technische Können erwerben und sich mit dem beschäftigen, was sie für nützlich halten. Überdies sind ja die meisten als Mohammedaner von vornherein ablehnend. Geplant ist ein religionswissenschaftlicher Arbeitskreis, um wenigstens einer kleinen Elite das Suchen nach den religiösen Werten nahezubringen.

Im Februar 1962 ist auch in Graz ein Afro-Asiatisches Institut mit gleicher Zielsetzung gegründet worden. Es ist — in provisorischen Räumen — bereits tätig. Aus den in der Steiermark aufgebrachten Mitteln der bischöflichen Aktion „Bruder in Not“ soll ein entsprechendes Gebäude für das Institut sowie ein Studentenheim errichtet werden.

**Papst
Johannes XXIII.
an die Bischöfe
Lateinamerikas**

Papst Johannes XXIII. richtete am 8. Dezember 1961 ein Schreiben an die Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe der Länder Lateinamerikas. Der Papst setzte sich darin mit den seelsorglichen Verhältnissen und Anliegen jener Länder auseinander und forderte die Bischöfe auf, zusammen mit ihren Gläubigen zur Beseitigung sozialer Mißstände, zur Schaffung eines stabileren gesellschaftlichen Gleichgewichtes und zur religiösen Gesundung ihrer Länder beizutragen. Das Schreiben wurde in den Acta Apostolicae Sedis (54. Jhg., Nr. 1, 31. Januar 1962) veröffentlicht. Wir geben den Wortlaut des Schreibens in eigener Übersetzung wieder.

Unsere geliebten Söhne und ehrwürdigen Brüder, Gruß und Apostolischen Segen!

Wenn Wir im Geiste und in Gedanken zu den geliebten Völkern Lateinamerikas eilen, werden Wir mit lauterster Freude erfüllt. Jene Länder sind ja nicht nur durch ihre Geschichte berühmt, durch ihren Fleiß und Unternehmungsgeist ausgezeichnet und voll großer Hoffnung auf künftigen Fortschritt; sie rühmen sich vor allem des schützenden Siegels des Kreuzes, das der Wille der göttlichen Vorsehung ihnen aufgeprägt und das er sorgsam behütet hat. Darum tragen alle Völker Eueres Kontinents mit Recht den Schmuck des katholischen Namens. Ebenso sind diese Länder ganz besonders der Jungfrau Maria anvertraut, die ihre Königin und mächtige Behüterin ist.

Wie oft haben Wir im Geiste an Festlichkeiten des Glaubens und der Frömmigkeit teilgenommen, und welchen Trost schöpften Wir, wenn Wir zu Euch und Euren Gläubigen sprachen, da Wir Euere unerschütterliche Treue zur heiligen Religion sahen! Und wie lebhaft freuen Wir Uns, wenn Wir Euren seelsorglichen Eifer betrachten, den Ihr mit aller Kraft dafür einsetzt, daß das von den Vätern übernommene christliche Erbe von den Gläubigen unverehrt bewahrt werde und durch deren Eifer und Wertschätzung immerfort wachse!

Nicht selten aber mischen sich diesen freudigen Tatsachen andere bei, die Unserm Herzen angstvolle Sorge bereiten. Wir meinen jene, die Ihr selbst im Bewußtsein der Euch auferlegten übergroßen Lasten in kindlicher Liebe Uns zugetragen habt, als Ihr Unsere fürbittende Hilfe erbatet und nach Worten verlangtet, die der Seele Mut einflößen und einen sicheren Weg zum Handeln zeigen sollten.

Denn Eurer Wachsamkeit entgehen nicht die Gefahren, die dem Glauben und dem christlichen Leben bei diesen Völkern drohen. Wenn Ihr auch sehr viele und wichtige Gründe für eine zuversichtliche Hoffnung habt, so werdet Ihr doch von angstvoller Sorge bedrückt, da Ihr wißt, daß in einigen Ländern Lateinamerikas, wo einst das christliche Leben blühte, Gott und seine Kirche mit verwegendem Übermut bekämpft werden und der Versuch gemacht wird, dieses Übel weiter zu verbreiten.

Indem Wir das Wort des Apostels Paulus: „Freue dich mit den Freuden, und weine mit den Weinenden“ (Röm. 12, 15) allen Unseren Überlegungen und Handlungen voranstellen möchten, wünschen und verlangen Wir danach, allen ehrwürdigen Brüdern und geliebten Söhnen, die von Betrübniß heimgesucht sind, Unser besonderes Wohlwollen zu bezeugen und sie des ständigen Gebetes zu versichern, worin Wir den Gott alles Trostes und aller

Hoffnung bitten, daß er ihnen bald sichere Ruhe und Frieden schenken möge.

Euch aber ermahnen Wir eindringlich, daß Ihr nach Kräften, so wie es die Aufgabe des bischöflichen Amtes verlangt und wie es Euch als Hirten der Seelen gegeben ist, nichts unterlassen möget, um die Euch anvertrauten Gläubigen vor jeder Art von Nachstellungen, die ihnen bereitet werden, zu schützen.

Deswegen möget Ihr ihren Geist erleuchten! Wenn auch der Glaube als Fundament des christlichen Lebens und seiner Kraft ein Geschenk Gottes ist, das vom Menschen im Gehorsam angenommen werden muß, so wird er doch durch das Wort genährt; denn „der Glaube kommt vom Hören, das Hören aber von der Verkündigung des Wortes Christi“ (Röm. 10, 17). Es möge Euch am Herzen liegen, die Seelen derer, über die Ihr als Väter und Lehrer zu wachen habt, mit der gesunden Speise des Evangeliums zu nähren und durch die Lehre der Kirche zu erleuchten. Ganz besondere Sorgfalt sollt Ihr verwenden auf die Unterweisung der Kinder und Jugendlichen in den Grundwahrheiten der christlichen Lehre, auf die Einführung der Jugend in die Gebote der Religion, auf die nachdrückliche Förderung der katholischen Schulen, auf die höhere Unterweisung in den geoffenbarten Wahrheiten, auf die Predigt und auf eine Missionsarbeit am Volk und an den verschiedenen Ständen, die ihrem Verständnis und ihren Bedürfnissen entspricht.

Ebenso möget Ihr die Seelen Eurer Gläubigen mit der Nahrung der himmlischen Gnade stärken! Da Ihr wißt, daß ohne die Hilfe des Himmels nichts Bestand und Festigkeit besitzt, muß Euere Sorge und Euer Bemühen vor allem darauf gerichtet sein, daß die Christgläubigen zu jeglichem Beginnen von Gott Kraft und Hilfe erbitten, daß sie sich durch ein eucharistisches Leben auszeichnen und Kraft schöpfen im Empfang der Sakramente.

In gleicher Weise sollt Ihr in ihnen den Glaubenseifer nähren und sie dazu veranlassen, daß sie Euch gemeinsam mit dem Welt- und Ordensklerus und den Ordensschwwestern auf allen Gebieten des Apostolats hilfreich zur Seite stehen, besonders durch die Förderung der Katholischen Aktion. Dadurch werden sie sich sicher als lebendige Glieder der Kirche fühlen und bei richtigem Einsatz ihrer Gruppen sich freuen, dem religiösen und gesellschaftlichen Wohl jeder Nation nützlich zu sein.

Damit Ihr das bewerkstelligen könnt, braucht Ihr die Hilfe von Priestern, Ordensmännern und Ordensfrauen. Ihr müßt also alle Kräfte darauf konzentrieren, ihre Zahl, die zu dem großen Bedarf noch in keinem Verhältnis steht, zu vermehren. Dabei müßt Ihr auch die Hilfe in Anspruch nehmen, die die Bischöfe und Ordensgenossenschaften aus den übrigen Teilen der Welt in dieser Sache Euch gewähren. Ihr müßt ihre Arbeiten unterstützen und ihre Unternehmungen in der Weise leiten, daß Euere pastoralen Bemühungen besser und wirksamer ihren Zweck erreichen, die ja einzig darauf gerichtet sind, das Reich Gottes bei Euren Völkern fest zu begründen.

Nun ist dieses Reich wohl „nicht von dieser Welt“ (Joh. 18, 36); aber es leistet den wertvollsten Beitrag zur Ruhe und zum Fortschritt auch in dieser Welt, da es nicht nur ein Reich der Wahrheit, der Heiligkeit und der Gnade, sondern auch ein Reich der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens ist.

In dieser Hinsicht richten sich Unsere Gedanken auf äußerst schwerwiegende Fragenkomplexe des staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichs, die den

Regierungen Eurer Länder Sorge bereiten und die Augen derer auf sich lenken, deren Gewissenspflicht es ist, für das Heil und das Wohlergehen des Menschengeschlechtes Sorge zu tragen.

Auf Grund der väterlichen Liebe, die Wir Eueren Völkern entgegenbringen, wünschen und verlangen Wir so dringend wie je, daß diese Fragen eine möglichst günstige und schnelle Lösung finden. Aus diesem Grunde mahnen und wünschen Wir, daß die obersten Lenker der Staaten und alle anderen, in deren Verantwortungsbereich die Lösung solcher Fragen fällt, diese mit gebührender Sorgfalt und Klugheit einer Lösung zuführen. Es möge Uns aber gestattet sein, sie daran zu erinnern, daß die Errichtung keines Hauses Bestand haben wird, wenn dieses nicht die Achtung des göttlichen Gesetzes und die sittlichen Normen zum Fundament hat.

Dieses Gesetz, diese Normen spricht die heilige Kirche aus und verkündet sie, auch in dem, was in den staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich fällt. Wir selbst wollten die Lehre Unserer Vorgänger in dieser Materie bestärken und einiges hinzufügen, was durch die gewandelten Verhältnisse der heutigen Zeit wohl gefordert wurde. So ist es Unser brennendster Wunsch, daß die Leiter Eurer Staatswesen, wie sie die pastoralen Verlautbarungen Unseres Lehramtes mit einmütigem Eifer gebilligt haben, dessen Ermahnungen auch eifrig in die Tat umsetzen.

Was aber Euch betrifft, Unsere geliebten Söhne und ehrwürdigen Brüder, die Ihr die Lehrer und Führer der Völker seid, so wird es Euere Aufgabe sein, die christliche Soziallehre noch weiter zu verbreiten und die Euch anvertrauten Gläubigen zu ermuntern — vor allem jene, die eine breitere Möglichkeit zum Handeln haben —, daß sie sie in der Praxis verwirklichen und nicht verführerischen Lehren und vorgefaßten Meinungen ihr Ohr leihen, die dem Wohlergehen und der Freiheit der Völker und ebenso dem ewigen Heil der Seelen schaden. Sie mögen den Feinden der Kirche auch keine Gelegenheit geben, diese so hinzustellen, als ob ihr die Nöte dieser Welt gar nicht am Herzen lägen.

Euch, Euerem Klerus, den Ordensmännern und Ordensfrauen und allen jenen, die den Glauben offen bekennen und Euch eine hilfreiche Hand bieten wollen, den Triumph des Reiches Gottes vorzubereiten, ist die äußerst schwere, aber hoffnungsvolle Aufgabe gestellt, das Gebot der Gerechtigkeit und der brüderlichen Liebe nicht nur durch das Wort, sondern vor allem durch die Tat und das Beispiel zu bekräftigen und zu erläutern: Wir meinen jenes Gebot, das das Hauptstück und das Fundament der Soziallehre der Kirche ist und das allein den angstvollen Sorgen der Völker und ihren gerechten Wünschen Genüge tun kann.

Das sind, geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder, Unsere väterlichen Wünsche und Ermahnungen, durch die Wir Euere bewährte Tugend und zugleich den Willen aller derer aufrufen, die sich mit Uns und mit Euch um den wachsenden Wohlstand und den bleibenden Frieden für Lateinamerika bemühen wollen, wovon die Gewähr für die Sicherheit der ganzen Menschheitsfamilie und des dauernden Fortschrittes abhängt.

Damit diese Aufgaben möglichst schnell zu einem glücklichen Ende geführt werden, rufen Wir täglich die allgegenwärtige Hilfe Gottes und dessen Beistand an; zugleich möchten Wir, daß die Gebete, die die Katholiken der ganzen Welt im Wettstreit nach Unserer Meinung ver-

richten, in besonderer Weise für die geistigen Nöte Lateinamerikas bestimmt werden.

Als Unterpand der übernatürlichen Güter und als Zeugnis Unseres Wohlwollens erteilen Wir Euch und zugleich Euerem Klerus aus dem Welt- und Ordensstand, den Ordensschwwestern, dem christlichen Volk und besonders jenen, die die Regierungsgewalt in den Ländern dieses Kontinents ausüben, in Liebe den Apostolischen Segen.

Gegeben zu Rom, bei St. Peter, am 8. Dezember 1961, im vierten Jahre Unseres Pontifikates.

JOHANNES XXIII., PAPST

Der Besuch von Kardinal Wyszynski in Rom Der dreiwöchige Besuch des Erzbischofs von Warschau und Primas von Polen, Stephan Kardinal Wyszynski, hat

nicht nur die Aufmerksamkeit der römischen Bevölkerung, sondern auch der Presse der westlichen Länder in besonderer Weise auf sich gezogen. Dazu trug außer der besonderen Stellung des Kardinals gegenüber der kommunistischen Regierung Polens auch die markante Persönlichkeit des Kardinals und die ausgesuchte Aufmerksamkeit des Papstes und der Römischen Kurie gegenüber dem Kardinal bei dessen Besuch bei. Hatte doch Papst Johannes den Kardinal bei der Eröffnungssitzung der Vierten Sitzungsperiode der Zentralen Vorbereitungskommission für das Konzil vor den Mitgliedern der Kommission eigens willkommen heißen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 324). Darüber hinaus wurde ihm noch die ganz besondere Auszeichnung zuteil, gemeinsam mit dem Papst auf dem Balkon des Vatikanischen Palastes zu erscheinen und so gewissermaßen durch den Papst selbst dem römischen Volk und den Pilgern aus aller Welt vorgestellt zu werden.

Tausendjahrfeier der Missionierung Polens

Dem Besuch in Rom kam dadurch noch besondere Bedeutung zu, daß in Polen in diesem Jahr die Feierlichkeiten für die Tausendjahrfeier der Christianisierung des Landes beginnen. Bei der feierlichen Schlußaudienz, an der außer dem Kardinal auch die polnischen Kurienprälaten mit dem Rektor des Polnischen Kollegs in Rom teilnahmen und in der der Papst — offenbar nicht ohne Sorge — den Wunsch aussprach, daß es den polnischen Bischöfen möglich sein werde, am Zweiten Vatikanischen Konzil teilzunehmen, wurde auf die Tausendjahrfeier sowohl in der Gruß- und Ergebnisansprache des Kardinals an den Papst als auch in der Ansprache des Papstes an den Kardinal und die polnischen Prälaten hingewiesen („Osservatore Romano“, 9. 3. 62). In der Ergebnisansprache des Kardinals heißt es: „Wir, die Söhne der polnischen Kirche, die wir hier die Bischöfe, den Welt- und Ordensklerus, die Ordensfrauen und die Gläubigen vertreten, haben die Gnade, vor Ihnen zu stehen, Heiliger Vater, in dem Augenblick, wo wir uns anschicken, die Tausendjahrfeier der Taufe Polens zu begehen, um Ihnen Ergebenheit, Treue und Anerkennung auszusprechen und Ihren Segen zu erbitten für die heilige Kirche Polens und alle Gläubigen in der Heimat sowie für diejenigen, die in der Emigration und im Ausland leben.“ Auch der Kardinal unterließ es in diesem Zusammenhang nicht, auf die Gemeinsamkeit und die besondere Verbundenheit des Kardinals und Polens mit Rom hinzuweisen. Er dankte dem Heiligen Vater für die Huldigung an das Gnadenbild von Tschenschow und versprach das gemeinsame Gebet der polnischen Ka-

tholiken gerade in diesem für Polen denkwürdigen Jahr für die Anliegen des Papstes und die Feier des bevorstehenden Konzils. Der Kardinal zog eine Parallele zwischen Johannes XIII., „der Polen in die christliche Familie aufnahm“, und dem gegenwärtigen Papst, der für Polen „Zeuge und Ratgeber in der Vorbereitung der Tausendjahrfeier“ sei.

Das Rundschreiben „Mater et magistra“

Insbesondere stattete der Kardinal dem Papst einen doppelten Dank ab. Erstens dankte er ihm für sein pastorales Beispiel gegenüber den Gläubigen Roms, sein seelsorgliches Wirken und seine persönliche Nähe zum Volk: „Kindlichen Dank müssen wir Eurer Heiligkeit noch aussprechen, daß Sie in väterlicher Güte Ihrem römischen Volke nahe sind in Ihren seelsorglichen Begegnungen mit der Ewigen Stadt. Dadurch geben Sie allen Seelenhirten auf der ganzen Welt ein überragendes Beispiel und bringen Sie dem Volke Gottes Trost und heiligen Mut, das hier und überall wünscht, seine Hirten in seiner Mitte zu sehen.“

Zweitens dankte der Kardinal für die Veröffentlichung der Enzyklika *Mater et magistra*, „die gewiß schon in der ganzen katholischen Welt neue Wellen der Hoffnung auf eine bessere Zukunft und einen gesünderen Wohlstand zu wecken vermocht hat, während sie für Ihre Person und Ihr hohes Amt ehrliche Hochachtung bei allen Völkern bedeutet, die auf verschiedenen Wegen die Lösung der Probleme der Gerechtigkeit, der Liebe und des sozialen Friedens suchen“.

Ebenso dankte der Kardinal dem Heiligen Vater für die ihm während seines römischen Aufenthaltes zuteil gewordene Aufmerksamkeit. Im Wohlwollen des Papstes und seiner Mitarbeiter an der Kurie sehe er eine große Hilfe für sein Wirken in Polen. „Das sind die Gnaden, Heiliger Vater, das ist die Quelle, aus der ich meine geistige Kraft schöpfe, mit der ich mich anschiebe, in die Heimat zurückzukehren mit der einzigen Absicht, dem Volk, das Gott die Treue hält, zu dienen... Aber ich bin mir bewußt, daß die Güte, die Sie mir, Heiliger Vater, erwiesen haben, meine arme Person übersteigt und unserer Nation gilt, die die Treue gehalten hat und sie immer noch hält.“

Die Antwort des Papstes

In der kurzen Ansprache, mit der der Papst die Ergebnissadresse des Kardinals und der polnischen Prälaten erwiderte, hob er in Anlehnung an die Worte des Kardinals besonders zwei Ereignisse hervor: die Tausendjahrfeier der Christianisierung Polens und die Bedeutung der Enzyklika *Mater et magistra* für jedes Land.

„Wir sind Uns dessen gewiß, daß die gebührende Feier eines so bedeutsamen Ereignisses nichts anderes bewirken wird, als in Unseren geliebten Söhnen den Eifer für die Überzeugung und die heiligen Vorsätze zu stärken, die den leuchtenden Ruhm dieser Jahrhunderte der Geschichte darstellen. Und zugleich wird sie Gelegenheit bieten, die glorreichen Traditionen der Frömmigkeit, der polnischen Kunst und Kultur aufleuchten zu lassen, die in der Welt so bewundert werden. Die Katholiken Polens haben — oft unter schwierigen Verhältnissen, in Kriegen und Heimsuchungen jeder Art — immer die Fackel des Evangeliums und die Treue zu Jesus dem Erlöser hochgehalten.“

Den Hinweis des Kardinals auf *Mater et magistra* griff der Papst mit folgenden Worten auf: „Auch der Hin-

weis auf die Enzyklika *Mater et magistra* weckt ein Echo väterlichen Wohlgefallens in Unserer Seele. Das Dokument wollte nochmals Zeugnis geben für die Sorge der heiligen Kirche gegenüber den sozialen Problemen, die sich in den letzten hundert Jahren mit besonderer Dringlichkeit gestellt haben. Die legitimen Ansprüche der Arbeiterschaft, die Wandlungen, die sich in der Gesellschaft vollzogen haben, haben die Kirche immer wach und aufmerksam gefunden: als Mutter aller Kinder, als Lehrerin der Wahrheit und Gerechtigkeit. Von der Anwendung der Soziallehre der Kirche hängt die adäquate Lösung der Probleme in der Welt der Arbeit ab. Nur auf diese Weise kann man zu einer größeren sozialen Gerechtigkeit gelangen, zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und zu einem wirklichen Fortschritt bei gegenseitiger Achtung der Rechte und Pflichten eines jeden einzelnen. Das führt zu der erwünschten Frucht des Friedens, nach dem sich alle Menschen guten Willens unaufhörlich sehnen. Gebe der Herr, daß das heitere Morgengrauen dieses Friedens immer reiner am Horizont der Völker erscheine, zur Erhaltung der Schätze, die ein jedes von ihnen in der mannigfaltig zusammengesetzten Menschheitsfamilie beisteuert.“ Der Papst schloß die Ansprache mit einem Gebet zur Schwarzen Madonna von Tschenschtau.

Aus Süd- und Westeuropa

Theologische Stimmen zur Frage der Sterilisation durch Medikamente

In einer über KNA (28. 3. 62) verbreiteten Information spricht Professor Werner Schöllgen von einer neuen „Sensationsmake, die bereits ihre Wellen schlägt“. Sie besteht in der Kolportage der Meinung, es gebe nunmehr auch in den europäischen Ländern eine bequeme, sichere, ästhetisch und medizinisch einwandfreie Methode der Empfängnisverhütung. Eine Frau brauche nur ein paar Pillen einzunehmen, um vor unerwünschten Folgen des sexuellen Verkehrs sicher zu sein. Es ist schwer nachzuprüfen, ob sich die Kunde von den antikonzptionellen Medikamenten wirklich in dieser primitiven Fassung verbreitet. Wenn es so wäre, würden die Interessenten freilich schon von ihrem Apotheker dahin belehrt werden, daß diese Medikamente rezeptpflichtig sind, und der Arzt würde sie vermutlich darüber aufklären, daß es sich um eine keineswegs einfache Prozedur handelt, über deren Auswirkungen auf den Organismus, vor allem bei häufigem oder gar dauerndem Gebrauch, die Medizin zudem noch keine sicheren Erfahrungen gesammelt hat. Dennoch ist die Sensation dieser Wunderpillen so groß, daß sich auch die Presse mit ihnen beschäftigt. „Die Zeit“ erörterte in einem langen Aufsatz am 19. Januar 1962 das „Für und Wider der Anti-Baby-Pille“ vom medizinischen Standpunkt und mahnte zur Vorsicht; ebenso die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in einem Artikel „Die empfängnisverhütende Pille“ vom 13. März 1962.

Hier soll nur von der ethischen Beurteilung der neuen Methode die Rede sein. Auch dazu nahm „Die Zeit“ in einem zweiten Aufsatz am 26. Januar 1962 Stellung und gab ihm die Überschrift: „Norminstanz ist das sittliche Gewissen“. Diese Überschrift wird mißverständlich durch den Untertitel: „Standpunkte der Kirchen in der Wandlung“. Mit eindeutigen Belegen wird in dem Aufsatz dargetan, daß führende Persönlichkeiten der evangelischen Kirchen, Bischöfe und Theologen, die Emp-

fängnisverhütung unter gewissen Umständen für erlaubt halten und die Wahl der Mittel als ethisch irrelevant ansehen. Es begründe unter moralischem Gesichtspunkt keinen Unterschied, ob man sich etwa der Methode Knaus-Ogino bediene oder eines Medikamentes. Aber auch die katholische Anschauung wird so dargestellt, daß es zum mindesten offenbleibt, ob nicht auch hier ein Wandel im Kommen ist.

Nun kann man nicht leugnen, daß in dieser Frage tatsächlich auch in der katholischen Kirche heute anders gesprochen wird als früher. In der Erklärung der französischen Kardinäle und Erzbischöfe, die anfangs des vergangenen Jahres abgegeben wurde, heißt es: „Die Kirche ist nicht geburtenfreudig um jeden Preis“ (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 351). Damit wird die Frage nach den erlaubten Mitteln der Geburtenkontrolle von neuem aufgeworfen und das Interesse wachgerufen, wie sich die Kirche zu den neuen Möglichkeiten der Empfängnisverhütung verhält.

Die Theologen haben sich bisher, soweit uns bekannt, unter zwei Gesichtspunkten mit ihnen befaßt. Stanislas de Lestapis SJ in seinem Buch „Geburtenregelung — Geburtenkontrolle“ (Freiburg 1961) hat darauf aufmerksam gemacht, daß Frauen unzivilisierter Völker während der Stillzeit kein neues Kind empfangen. Diese biologische Zweckmäßigkeit ist durch die Zivilisation verlorengegangen. Es spricht nichts dagegen, so meint de Lestapis, daß sie durch die ärztliche Therapie wiederhergestellt wird. Das würde bedeuten, daß eine entsprechende Medikation während der Stillzeit erlaubt ist. Nach einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 27. Februar 1962 ist der Churer Moraltheologe Prof. Dr. Böckle in einem Vortrag vor der Katholischen Akademie in München dieser Ansicht beigetreten. Er hat gesagt, „daß die katholische Moraltheologie eine Empfängnisverhütung in den ersten neun Monaten nach einer Geburt durch Medikamente für gerechtfertigt hält“.

Sodann sind die Moraltheologen vor die Frage gestellt worden, ob eine Frau sich durch antikonzepationale Medikamente gegen eine drohende Vergewaltigung oder vielmehr gegen deren Folgen schützen dürfe. Die Frage ist durch die Vergewaltigungen von Ordensfrauen im Kongo ausgelöst und durch drei römische Moraltheologen beantwortet worden: Pietro Palazzini, Sekretär der Konzilskongregation, und die Professoren Franz Hürth SJ und Ferdinando Lambruschini. Ihre Gutachten sind in der Zeitschrift „Studi Cattolici“ (Nr. 27, November/Dezember 1961) veröffentlicht worden.

Es ist ein undiskutabler Grundsatz katholischer Moral, daß sittlich verwerfliche Mittel auch durch einen noch so guten Zweck nicht gerechtfertigt werden. Deshalb war zunächst die Frage zu untersuchen, ob die Sterilisation, auch wenn sie nur befristete Wirkungen hervorbringt, sittlich verwerflich sei.

Die Gutachter verneinen diese Frage. Sie haben sich dabei mit mehreren Dokumenten des kirchlichen Lehramtes auseinandergesetzt, die die entgegengesetzte Antwort nahelegen. So erklärte das Heilige Offizium am 24. Februar 1940 (AAS XXXII, S. 73) auf die Frage, ob eine direkte Sterilisation mit dauernder oder zeitlich begrenzter Wirkung zulässig sei: „Negative et quidem prohibetur lege naturae.“ Die Rede Papst Pius' XII. vom 29. Oktober 1951 (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 115) bestätigte das: „Die direkte Sterilisation — also jene, die als Mittel oder als Zweck darauf ausgeht, die Zeugung

unmöglich zu machen — ist eine schwere Verletzung des Sittengesetzes und deshalb unerlaubt.“ Es gibt keine Indikation, die daran etwas ändern könnte. Kurz vor seinem Tode, am 12. September 1958, präzisierte der Papst diese Lehre: Wenn Medikamente mit dem Nebeneffekt zeitweiliger Sterilisierung zu Heilzwecken gegeben werden, ist das erlaubt. Werden sie aber zu dem Zweck verabfolgt, im voraus die Beschwerden einer Schwangerschaft zu verhüten, dann fallen sie unter den Begriff einer direkten, wenn auch zeitweiligen Sterilisierung und sind nicht erlaubt (vgl. Studi Cattolici, a. a. O. S. 68).

Dennoch kommen alle drei Gutachter zu der Überzeugung, daß solche Medikamente, wenn sie eingenommen werden, um den Folgen einer Vergewaltigung vorzubeugen, erlaubt sind. Trotz der genannten Dokumente des Lehramtes, so argumentieren sie, ist die Sterilisierung nicht absolut verboten. Die zuletzt erwähnte Äußerung Pius' XII. bestätigt das und deutet zugleich an, wie die Verbote der Sterilisation zu interpretieren sind. Sie beziehen sich alle auf die Frage, ob es erlaubt sei, mit Wissen und Willen den ehelichen Verkehr zu vollziehen, nachdem man, um ihn unbesorgt vollziehen zu können, dafür gesorgt hat, daß er keine Folgen trägt. Damit ist gesagt, daß die zeitweilige oder dauernde Sterilisierung nach der Lehre der Kirche nur dann verboten ist, wenn sie im Kausalzusammenhang mit dem Willen zum Geschlechtsverkehr steht.

Wenn man aber von dem sexuellen Moment absieht, das hier in Betracht kommt, bleibt zu erwägen, daß die Sterilisierung unter dem Gesichtspunkt der Selbstverstümmelung einen weiteren bedenklichen Aspekt bietet. Auch abgesehen von sexuellen Erwägungen, sind wir an und für sich nicht berechtigt, über unsern Leib zu verfügen. Doch ist uns andererseits der Leib vom Schöpfer gegeben, um uns als Instrument unserer Persönlichkeit zu dienen. Leibliche Eingriffe sind deshalb nicht allein aus dem Grunde berechtigt, daß sie der Gesundheit des ganzen leiblichen Organismus dienen, wie etwa die Amputation eines Gliedes, sie können auch dann und erst recht dann vorgenommen werden, wenn sie notwendig sind, um höhere Persönlichkeitswerte zu sichern. Zu diesen Persönlichkeitswerten gehört auch die Verfügung über das Vermögen der geschlechtlichen Hingabe und Fortpflanzung. Zwar geht die Verfügungsgewalt nicht so weit, daß man aus ideellen Gründen der Natur Gewalt antun und sich wie Origenes ohne äußere Gründe seiner Geschlechtlichkeit berauben dürfte. Aber in der Verteidigung ihrer geschlechtlichen Würde gegen den Versuch einer Vergewaltigung ist die Frau, wenn sie schon den Gewaltakt selbst nicht verhindern kann, berechtigt, seinen Folgen vorzubeugen. Sie darf deshalb in Vollzug ihrer Verteidigung gegen einen Angriff auf ihre menschliche Würde zu dem Mittel einer freiwilligen Sterilisierung greifen.

Wir haben von zwei Fällen berichtet, in denen Frauen sich gegen unerwünschte Empfängnis schützen können. Der zweite Fall ist bisher unumstritten; was den ersten betrifft, ist es jedoch fraglich, ob die Erlaubtheit zeitweiliger Sterilisierung von der Kirche anerkannt werden wird. Die Beziehung zwischen dem Sexualakt und der Zeugung gehört zu den Wahrheiten über das Wesen des Menschen, an denen die Kirche nicht rütteln wird. Hier gibt es Grenzfälle, aber keine Breschen, und es fällt schwer, eine Antwort zu geben auf die Frage: „Wenn die Empfängnisverhütung während der Stillzeit erlaubt ist, warum dann nicht auch aus anderen ernstern Gründen?“

In der Frühjahrsnummer der französischen Ausgabe der Vierteljahresschrift für praktische Pastoraltheologie „Le Christ au Monde“ veröffentlichte P. Antonio Alessi, der Leiter des Internationalen Instituts der Salesianer für Pastoral, gemeinsam mit einem französischen Mitarbeiter einen Bericht über ein interessantes Seelsorgeexperiment in der von Salesianern geleiteten Pfarrei San Matteo in Giostra, einer Vorstadtpfarrei von Messina mit ca. 30 000 Seelen.

Religiöse und soziale Situation der Pfarrei

Bei der genannten Pfarrei handelt es sich um eine Pfarrei ganz eigener Art. Sie ist gekennzeichnet durch eine Bevölkerung, die in ihrer großen Mehrheit dem für die meisten süditalienischen Vorstädte typischen Subproletariat angehört (es besteht im allgemeinen aus Leuten, die vom Lande in die Stadt gezogen sind in der Hoffnung, hier leichter Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten zu finden). Der proletarische Charakter von San Matteo wird noch dadurch verschärft, daß nicht nur die Arbeitslosen aus dem unmittelbaren Hinterland sich hier ansiedeln, sondern auch größere Gruppen von Proletariern aus den apulischen und kalabresischen Provinzen hier ihre Zuflucht suchen. Infolge dieser starken Zuwanderung, der eine fast ebenso starke Abwanderung entspricht, weist die Bevölkerung eine Fluktuation auf, die es unmöglich macht, die genaue Zahl der Pfarrangehörigen zu kennen oder festzustellen. Da der Großteil der Bevölkerung unterbeschäftigt und zum Teil von Saisonarbeit abhängig ist, trägt San Matteo die typischen Zeichen einer Elendsparrei, in der das Wichtigste der Kampf um die nackte Existenz ist.

Die religiöse Praxis der Pfarrei wird durch die geschilderte soziale Situation der Bevölkerung bestimmt. Da der größte Teil aus Analphabeten besteht, scheitern auch weitgehend die Bemühungen um die Aneignung des religiösen Grundwissens. Soziales Elend und religiöse Unwissenheit bedingen die Anfälligkeit der Bevölkerung gegenüber dem politischen Radikalismus von links und rechts. Auf Grund der Wahlergebnisse von 1959 stehen ca. 35 % der Bevölkerung unter kommunistischem Einfluß. Da die Kommunisten zudem eine sehr starke soziale und kulturelle Aktivität entwickeln, dürfte deren Einfluß bedeutend weiter reichen, als das Wahlergebnis ausweist.

Missionarische Erneuerung der Pfarrei

Im Jahre 1958 übernahm der Salesianerpater Giorgio Spidalieri, ein ehemaliger Gymnasiallehrer für moderne Sprachen, der bereits in Pfarreien anderer italienischer Provinzen mit ähnlicher Sozialstruktur segensreich gewirkt hatte, die Pfarrei San Matteo. Der neue Pfarrer entfaltete zusammen mit seinem Vikar und zwei Hilfspriestern, die nur nebenamtlich in der Pfarrei tätig waren, eine Seelsorgearbeit, die über das traditionelle Maß und die üblichen Methoden der dort herrschenden Seelsorge weit hinausgingen. Im Bewußtsein, daß ein seelsorgliches Wirken nur Erfolg haben kann, wenn sich die Priester auch den menschlichen und sozialen Nöten der ihr anvertrauten Bevölkerung stellen, versuchte der Pfarrer gemeinsam mit seinen Hilfsgeistlichen sich von Anfang an in die Sozialarbeit des Viertels einzuschalten. Nachdem die Geistlichkeit durch Milieustudium, bei dem man allerdings auf die in anderen Ländern üblichen soziologischen Methoden und auf einen exakten statistischen Überblick über die sozialen und religiösen Faktoren

der Pfarrei verzichtete, durch caritative Tätigkeit und durch Familienbesuche in den einzelnen Wohnvierteln und Baracken sich einen ersten Gesamtüberblick über die Pfarrei verschafft hatte, ging man an die eigentliche Missionierung der Pfarrei. Zunächst wurde versucht, die vorhandenen Kräfte der Katholischen Aktion zu schulen und deren Zahl zu vergrößern. In einem Viertel mit typisch proletarischem Charakter bringt die Elitenbildung auch in religiös-kirchlicher Hinsicht zusätzliche Probleme. Durch persönliche Kontakte und Aussprachen und mit Hilfe der kleinen Zahl der bereits einsatzbereiten Laienhelfer gelang es dem Pfarrer innerhalb von zwei Jahren, etwa 500 Laienhelfer zu gewinnen und heranzubilden, die unter der Leitung des Pfarrers in die direkte Seelsorgearbeit eingeschaltet werden konnten. Diese Laienhelfer wurden, nachdem man das ganze Pfarrgebiet in kleine Wohnbezirke eingeteilt hatte, in Gruppen zu zweit in die Familien geschickt. Sie sollten sich mit den Familien über ihre Probleme und ihre religiöse Lage aussprechen und dem Pfarrer und dem inzwischen gebildeten Komitee der Katholischen Aktion, das aus dem Vorsitzenden und je einem Delegierten der vier Zweige der Katholischen Aktion besteht, Bericht erstatten. Durch eine feierliche und möglichst volksnahe Gestaltung der Gottesdienste wurde versucht, die Kirche und das kirchliche Leben wieder stärker in die Öffentlichkeit zu tragen. Abwechselnd wurden in den einzelnen Wohnquartieren feierliche Gottesdienste auf öffentlichen Plätzen abgehalten. Da für diese Gottesdienste immer ein Predigtthema gewählt wurde, das die Bevölkerung unmittelbar ansprach, erfreuten sich diese Gottesdienste einer zunehmend stärkeren Besucherzahl. Die Tiefenwirkung der Predigten und Gottesdienste läßt sich allerdings schwer beurteilen. Der Erfolg war sicher auch dem Umstand zuzuschreiben, daß die kirchlichen Veranstaltungen ein mehr oder weniger attraktives Kontrastprogramm zu den Veranstaltungen der Kommunisten darstellten. Wollte man den seelsorglichen Erfolg an der zunehmenden Zahl der Gottesdienstbesucher messen, so wäre er allerdings enorm gewesen. Die Zahl der Kommunionen stieg von ca. 30 000 im Jahre 1958 auf 90 000 im Jahre 1960.

Die Feier der Pfarrsynode

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Seelsorgearbeit im Sommer vorigen Jahres durch die Abhaltung einer Pfarrsynode, ein in der neueren Kirchengeschichte einmaliges Ereignis. Die Synode wurde auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses der Seelsorger und des Pfarrkomitees der Katholischen Aktion vom Pfarrer einberufen und dauerte drei Tage. Zur Teilnahme aufgefordert wurden alle katholisch getauften und praktizierenden Familienväter der Pfarrei. Voraussetzung war jedoch vorherige persönliche Anmeldung beim Pfarrer. Ca. 600 Familienväter nahmen an der Synode teil. In drei großen Sitzungen, die unter dem Vorsitz des Pfarrers und in Anwesenheit des Provikars der Diözese in der Pfarrkirche stattfanden, wurden drei umfassende Themenkreise besprochen: 1. Gottesdienstgestaltung, religiöse Unterweisung der Jugend und der Erwachsenen, kirchliche Jugendarbeit; 2. Soziales und caritatives Leben der Pfarrei; 3. Die verschiedenen Kategorien der Gläubigen und die Notwendigkeit des missionarischen Apostolates. Zu allen drei Themenkreisen wurden zahlreiche Beschlüsse gefaßt, zu deren Verwirklichung sich die Teilnehmer in einem feierlichen Schlußgottesdienst in Anwesenheit des

Koadjutors des Bischofs von Messina verpflichteten. Zum ersten Thema wurde u. a. beschlossen: die Zulassung zur Erstkommunion ist abhängig zu machen von der Teilnahme an einer mindestens einen Monat währenden Katechese; nur praktizierende Katholiken dürfen als Paten zugelassen werden; die sehr zahlreichen Konkubinarier sind seelsorglich zu missionieren und zu betreuen.

Interessant sind auch die Beschlüsse zur caritativen Arbeit der Pfarrei: Dem Pfarrer wird größte Vorsicht bei der Verteilung von Armengeldern und zugleich strikte Disziplin hinsichtlich der einzelnen Almosenempfänger empfohlen. Ausdrücklich wurde die Beteiligung der Katholiken an der bestehenden Armenküche der Stadtgemeinde abgelehnt; die Behörden wurden aufgefordert, dem pfarreigenen Volksrestaurant entsprechende Beihilfen zu gewähren, um die Notleidenden menschenwürdig versorgen zu können. Darüber hinaus wurde ein eigener Fond gegründet, der von freiwilligen Abgaben der Familienväter gespeist werden sollte. Jede Familie sollte zudem täglich 10 Lire als Beitrag zum sog. „pane della bontà“ (Armenbrot) beisteuern. Das Geld sollte dazu verwendet werden, daß sich möglichst viele mittels Gratisbrot beim Bäcker das notwendige Brot beschaffen können. Die Synode forderte die Katholiken auch zu einer tatkräftigeren finanziellen Unterstützung der Pfarrei auf. Zum dritten Rahmenthema wurden hauptsächlich Beschlüsse gefaßt, die die religiöse Praxis betreffen: Bekämpfung der falschen Meinung, die Mütter wären nicht zum Besuch des Sonntagsgottesdienstes verpflichtet, gewissenhaftere Einhaltung der Sonntagsruhe, solide Predigt und Volkskatechese an Sonntagen, Unterstützung der religiösen Weiterbildung der Erwachsenen, weitere Aktivierung aller Zweige der Katholischen Aktion.

Päpstliche Billigung

Da die Abhaltung einer Pfarrsynode im geltenden Kanonischen Recht nicht vorgesehen ist, stieß der Plan des Pfarrers und des Pfarrkomitees der Katholischen Aktion am Anfang auf den Widerstand des Klerus. Die Synode fand jedoch die Zustimmung des Ortsordinarius, der bei den Beratungen sich durch seinen Provikar vertreten ließ. Auch die zuständigen römischen Stellen waren über die Abhaltung der Synode informiert worden. Bedenken, die Veranstaltung könnte von Rom mißbilligt werden, erwiesen sich als unbegründet. In einem Telegramm des damaligen Staatssekretärs Tardini wurde die Veranstaltung ausdrücklich gutgeheißen. Das Telegramm von Kardinal Tardini hatte folgenden Wortlaut: „Indem der Heilige Vater der Pfarrsynode die glücklichen Früchte eines erhellten und eifrigen christlichen Lebens wünscht, entsendet er als Unterpfand reicher göttlicher Gnaden und erbetener Hilfe den Apostolischen Segen.“

Friedensappell der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs

Am Schluß ihrer diesjährigen Frühjahrstagung (21.—23. März) richteten die Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs an die Franzosen einen feierlichen Appell, in dem sie nochmals jede Art von Gewaltanwendung verurteilen und die Gläubigen auffordern, die Schatten der Vergangenheit zu vergessen und in Liebe und gegenseitigem Verständnis zur Lösung der noch bestehenden schweren Probleme beizutragen („La Docu-

mentation Catholique“, 1. 4. 62). Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„In den schweren Stunden, die das Land durchlebt, richten wir an die Christen und an alle Menschen guten Willens einen feierlichen Appell zur Einheit und zur Versöhnung.

Da manche Menschen, um die Zukunft zu sichern, zu Verbrechen und Gewalt Zuflucht nehmen, wiederholen wir, daß es keine wahren Beziehungen zwischen den Völkern und Menschen gibt, wenn sie nicht auf dem Recht, der Loyalität, der Treue zum gegebenen Wort und auf dem gegenseitigen Vertrauen gegründet sind. Der christliche Glaube und die einfache menschliche Moral verurteilen Gruppen, die ihre tiefe Verachtung der menschlichen Person immer wieder bekunden . . .

Der Friede ist das Werk der Gerechtigkeit.

Während Schreie des Hasses und der Rachsucht widerhallen und verabscheuungswürdige Grausamkeiten begangen werden, wollen wir nichts anderes vernehmbar machen als Worte der Menschlichkeit und des Verzeihens.

Und da gewisse Leute der Versuchung zur zerstörerischen nackten Gewalt erliegen in der Annahme, damit der christlichen Zivilisation zu dienen, wobei sie ungebührlicher Weise den Glauben ihren eigenen Ansichten unterordnen, verkünden wir feierlich, daß wir an die Macht glauben, die aus brüderlicher Liebe und aus dem Geist des Evangeliums eine wahrhaft menschliche Gesellschaft erbauen wird.

Der Friede ist das Werk der Liebe.

Wir gedenken derer, die im Kampf gefallen sind, wir gedenken der unzähligen Opfer dieses Krieges, der geprüften und vom Schmerz heimgesuchten Familien, der Witwen und Waisen, der Gefangenen und ihrer Familien. Die Flüchtlinge erwarten von uns eine brüderliche Aufnahme und eine wirksame Hilfe bei der Beschaffung von Arbeit und Wohnung. Alle unsere Verbände und Werke sind eingeladen, sich den Bemühungen der öffentlichen Hand anzuschließen.

Durch ihre Kinder muß die Kirche teilnehmen an allen Heimsuchungen und Leiden der Menschen.

Haben wir den Mut, entschlossen über die schmerzlichen Erinnerungen der Vergangenheit hinwegzugehen, den Versuchungen zur Gewalt zu widerstehen, und wenden wir uns gemeinsam der Zukunft zu, vereint in der Liebe zur Heimat.

Möge Gott Frankreich helfen, in der Gemeinschaft der Völker seiner edlen und traditionellen Sendung im Dienste der sittlichen und menschlichen Werte treu zu bleiben.“

Kardinal Suenens über das Konzil als Mysterium

Der Erzbischof von Mecheln und Brüssel, Leo J. Kardinal Suenens, hat in seinem ersten Fastenhirtenbrief den Gläubigen Antwort gegeben auf die Frage: „Qu'attendez-vous du Concile?“ Sinngemäß übersetzen wir: „Was sollt ihr vom Konzil erwarten?“ Im ersten Teil des Schreibens legt der Kardinal dar, was man nicht erwarten darf, weil solche Erwartungen auf einer Verkennung des Wesens eines Konzils beruhen würden. Das Konzil ist kein Parlament, und die Bischöfe sind nicht die Mandatäre ihrer Gläubigen, sondern die Väter ihrer geistlichen Familien. Das Konzil ist auch kein internationaler kirchlicher Kongreß auf höchster Ebene; es empfängt vielmehr seine Legitimität von Christus. Das Konzil ist schließlich auch kein revolutionäres Ereignis in der Kirche. Die Bischöfe

verfügen nicht über Gottes Wort und Gesetz; sie haben es nur so gut wie möglich zu behüten und zu verkündigen. „Das Konzil ist ein Mysterium der Gnade für die Kirche und für die Welt.“

Mysterium des Glaubens

„Im Hinblick auf den Glauben — wenn wir sogleich den Dingen auf den Grund gehen wollen — ist das Konzil nicht in erster Linie eine Konferenz der Bischöfe mit dem Papst, ein horizontales Treffen der Bischöfe mit ihrem Oberhaupt, eine außergewöhnliche weltweite Begegnung. Ein Konzil ist zunächst und vor allem ein kollektives Zusammentreffen des ganzen apostolischen Kollegiums mit dem Heiligen Geist, eine vertikale Begegnung, wenn ich so sagen darf, die Aufnahme einer unermesslichen Ausgießung des Heiligen Geistes für unsere Zeit, eine Art von neuem Pfingsten, wie der Papst selbst gesagt hat, eine geheimnisvolle und verborgene Gnade, die empfangen und erlebt werden will im Schweigen des Gebetes und einer vollkommenen Bereitschaft.

Gott kommt von neuem, um sein Volk heimzusuchen. Christus, der Retter, sendet seinen Geist zu den Seinigen, damit er sie in seinem Namen in aller Wahrheit belehre und ihnen sage, was sie noch nicht ertragen und bis jetzt noch nicht voll begreifen konnten. Der Heilige Geist kommt und überflutet die heilige Kirche Gottes mit seinem Licht, damit sie erleuchteter und noch mehr durchstrahlt von göttlicher Klarheit auch ihrerseits noch wirksamer als Leuchtturm hineinstrahle in die Finsternis und in die Nacht.

Das Konzil ist zunächst und vor allem eine unermessliche Gnade des Lichtes, die wir aufnehmen müssen.“

Der Kardinal erinnert an den Johannesprolog. Christus kam als Licht in eine Welt, die sich ihm verschloß und auch heute weithin verschließt. Aber wieder seien die Tage angebrochen, da Gott einen Johannes sandte, um Zeugnis abzulegen vom Licht; denn diese Worte könnten auch auf den gegenwärtigen Heiligen Vater bezogen werden.

„Um zu leben, haben die Menschen das Licht noch mehr nötig als das Brot. Der zeitgenössische Materialismus glaubt, daß der Mensch, um sich zu nähren, nur der irdischen Nahrung bedarf. Er weiß nicht mehr, daß sogar das Brot nur in der Sonne gedeihen kann, die der Ernte das Wachstum gibt. Wir brauchen Sonne in unserm Dunkel, die Wahrheit von Gott, die Wahrheit in Christus, um unsern Weg durch das Labyrinth der Erde zu finden. Das Konzil ist das Licht des Heiligen Geistes, das zunächst in der Kirche durchdringen wird und durch sie in der Welt. Es ist ein reines und unverdientes Geschenk Gottes für unsere Zeit. In seinem Licht wird die Kirche sich selbst betrachten und besser ihre Lehre und Sendung begreifen . . .“

„Das Konzil wird keine Neuigkeiten bringen — nicht mehr als der Geist, der nur das übermittelt, was Christus ihm anvertraut hat, aber es wird uns ermöglichen, die Gedanken unseres Meisters über unsere großen persönlichen, sozialen und internationalen Lebensprobleme besser zu verstehen. Es wird kein Jota vom Gesetz unterdrücken, aber es wird uns zu einem tieferen Verständnis unserer Wege führen, damit die Opfer, die von uns gefordert werden, vermehrtes Leben spenden, damit die Liebe Gottes selbst im Leiden durchsichtiger werde, damit das Joch Christi, nach seinem Wort, uns noch süßer und leichter erscheine.“

Mysterium der Hoffnung

„Wenn wir die Welt von heute betrachten, welche Leiden, Sorgen und Ängste trotz des benebelnden Fortschrittes kühnster technischer Wagnisse! Es genügt, eine Zeitung aufzuschlagen oder den Knopf am Radio einzuschalten, um alsbald in der menschlichen Not zu ertrinken: Kalter Krieg zwischen Ost und West, Mauer durch Berlin, Eiserner Vorhang oder Bambusvorhang, Morde und Plastikbomben in Afrika oder im Herzen von Paris, Dramen am Kongo oder in Kuba und an vielen anderen Orten.

Die Welt ist bestrebt, sich von selbst zu retten. Das Konzil aber hat kein anderes Ziel, als Christus dieser Welt näherzubringen, die die unsrige ist und die wir lieben, weil sie die unsrige ist. Es kennt nur ein Bestreben: den Retter den Seinigen näherzubringen, allen, die ihm gehören, ob sie ihn kennen oder nicht. Das Konzil möchte unserer Umgebung in ihrer Nacht der hoffnungslosen Angst gleichsam zu einem Stern der Weisen werden.

Wenn das Christentum besser gelebt würde, zunächst in uns und dann in der Gesellschaft, wieviel Tränen in der Welt würden verschwinden, welche Freude würde Einkehr halten in zerrissene Heimstätten, welche Vorfreude des Himmels in die Herzen selbst mitten im Leid.

Freilich wissen wir, daß unsere Welt hienieden niemals ein irdisches Paradies werden wird. In gewisser Weise wird sie immer noch unter der Herrschaft Satans bleiben und weiterhin, wie im *Salve Regina*, ein Tränental genannt werden müssen.

Auch in Zukunft wird die Erbsünde durch die persönlichen Sünden der Menschen ihre Wirkungen ausüben, und wenn wir auch unablässig und unermüdlich gegen alle bösen Mächte kämpfen müssen, wissen wir doch, daß der volle Sieg uns hienieden nicht zuteil werden wird. Die Ärzte können das Leben verlängern, es ist eine bewundernswerte Leistung, aber sie werden nie den Tod vernichten, der ihr Wissen begrenzt.

Durch das Konzil will die Kirche die Menschen glücklicher machen, weil darin die Sendung ihres Hauptes besteht. Christus ist gekommen, um den Menschen eine neue und unerwartete Hoffnung und Freude zu bringen; aber er gibt sie in der Verhüllung durch einen vorläufigen Triumph des Bösen. Das Konzil ist eine Versammlung der streitenden, nicht der triumphierenden Kirche, einer Kirche, die auf einem mühevollen Wege haltmacht, um gemeinsam einen Überblick über ihn zu gewinnen und um dann der Menschheit besser dienen zu können, weil sie dann reiner und gläubiger sein und Jesus Christus in stärkerer Transparenz darstellen wird.“

Mysterium der Liebe

Als feierliche Offenbarung der Hirtensorge des Papstes und der Bischöfe wird das Konzil auch ein Werk der Liebe vollbringen, und zwar gegenüber den Gläubigen, den getrennten Christen und der ganzen Welt.

Liebe zu den Gläubigen

„Der Papst sagt uns, daß das Konzil eine Erneuerung der christlichen Lebenskraft sein muß, ein geistlicher Frühling im Innern der Kirche.

Wir müssen uns demütig nach unserer persönlichen und gemeinschaftlichen Gläubigkeit gegenüber der Botschaft, den Geboten und den Einladungen Christi fragen. Wir müssen uns fragen, ob das Antlitz Christi auf unserer Stirn strahlt oder ob wir es verschleiert und verdunkelt haben.

Im allgemeinen erklären unsere nichtgläubigen Zeitgenossen, daß sie für die Person Jesu voller Bewunderung seien, aber sie weigern sich, ihn in seinen Jüngern wiederzuerkennen. Es liegt an uns, ihnen zu zeigen, daß Christus in uns lebt und daß er, ungeachtet unserer Schwächen und Armseligkeiten, unser Leben beseelt. Das Konzil, das ist die Kirche, die auf dem Weg durch die Zeiten anhält und sich vor Gott nach ihrer Treue zum Evangelium fragt, Vers für Vers. Wenn ein Bischof geweiht wird, richtet sein Konsekrator an ihn die inhaltsschweren Worte: ‚Willst du dein Leben nach den Grundsätzen der Heiligen Schrift einrichten, so gut die Schwäche deiner Natur es dir gestattet?‘ Auf dem Konzil werden die 2500 Bischöfe der Welt sich gemeinsam bemühen, auf diese Frage mit ‚Ja‘ zu antworten. Alles, was nicht zum Geiste Jesu paßt, hat in der Kirche Christi nichts zu suchen. Das sind weittragende Worte. Aber wir müssen aus unserm Glauben die Konsequenzen ziehen und uns bis ins einzelne den praktischen Folgerungen fügen, die sich daraus ergeben: Adel verpflichtet.“

Liebe zu den getrennten Brüdern

„Wie das Konzil durch die Rückkehr zur Reinheit des Evangeliums ein Akt der Liebe gegen die Gläubigen ist, so wird es eine Geste der Liebe sein auch gegen unsere getrennten Brüder, die Orthodoxen, Anglikaner und Protestanten.

Wie man weiß, wird das Konzil als solches kein Unionskonzil im dem Sinne sein, wie es das Konzil von Lyon im 13. Jahrhundert oder das von Florenz im 15. Jahrhundert waren. Bei sachgemäßer und aufrichtiger Sicht der Dinge muß man sagen, daß die Rückkehr zur Einheit, menschlich gesprochen, nicht unmittelbar vor uns liegt; zu viele wichtige Unterschiede trennen immer noch die Mutterkirche von denen, die sie im 11. oder im 16. Jahrhundert verlassen haben. Aber das Konzil wird bei allen seinen Vorhaben diese Wiedervereinigung niemals aus den Augen verlieren. Wenn eine Mutter aus feierlichem Anlaß ihre Kinder um den Familientisch vereinigt, dann empfindet sie lebhafter als sonst, daß einige Plätze im Hause leer sind. In keinem Augenblick wird das Konzil die Abwesenden vergessen, weder in seinem Beten noch in seinen Bestrebungen um die Genauigkeit der Lehre noch in seinen Bestrebungen zur seelsorglichen Erneuerung. Alles, was die Christen zu besseren Christen macht und die Kirche in jedem ihrer Glieder wahrhaftiger, d. h. heiliger widerspiegelt, beschleunigt die Stunde, zu der der erhabenste Wunsch des Meisters sich verwirklichen kann: ‚Daß sie eins seien‘ . . .“

Liebe zur Welt

„Aus Liebe schließlich zur Welt wird das Konzil sich bemühen, den Menschen dabei zu helfen, daß sie den Sinn der wahren menschlichen Brüderlichkeit wiederfinden, die aus ihrer gemeinsamen Eigenschaft als Kinder Gottes und Brüder Christi entspringt. Das Konzil wird sich den großen Problemen stellen, die die Klassen der Gesellschaft trennen, und seinen Beitrag zu einem Brückenbau zwischen ihnen leisten. Seine Bemühung um eine Erneuerung wird ihm den innigen Wunsch ans Herz legen, ein Werkzeug der Eintracht und des Friedens zu sein.

Wir leiden auf allen Ebenen, nationalen und internationalen, unter all dem, was die Menschen trennt und die einen gegen die anderen stellt. Es wird die Aufgabe der Kirche und des Konzils sein, alles das zu unterstreichen, was über das Trennende hinweg der Einigung dient, und

von seiner Seite und in seiner Zuständigkeit Hilfe zu leisten bei der Lösung der beängstigenden Probleme, die der internationale Friede aufwirft und die schreckliche Drohung der Atombombe, die die Welt von der Gnade unkontrollierter menschlicher Leidenschaft abhängig macht, und der Probleme des Elends der unterernährten Massen, woran die offensichtliche Ungleichheit der Verteilung von Reichtümern und Gütern schuld ist. Über alledem wird das Konzil direkt oder indirekt eine positive und konstruktive Antwort auf den Kommunismus geben müssen, der ein Drittel der Welt beherrscht und in demselben Maße, wie er Gott leugnet, den Menschen erstickt. An diese Welt dachte der Papst, als er in der Bulle *Humanae salutis* schrieb: ‚Es geht darum, die moderne Welt mit den lebenspendenden und immerwährenden Energien des Evangeliums in Berührung zu bringen.‘ Beim Konzil steht also nichts Geringeres auf dem Spiel als die Evangelisierung der Welt und, in Rückwirkung darauf, ihr Heil.“

Die Aufgabe der Gläubigen

„Was erwartet die Kirche von uns?“

Sie erwartet zunächst unsere geistige Anteilnahme an den großen religiösen Problemen des Konzils. Um diese erfassen zu können, ist es notwendig, die religiösen Kenntnisse aufzufrischen. „Der heilige Petrus sagt uns, daß ein Christ in jedem Augenblick bereit sein muß, von der Hoffnung, die in ihm ist, Rechenschaft zu geben. Das setzt voraus, daß ihr euch mehr und mehr eures übernatürlichen Reichtums bewußt werdet. Möget ihr daher während der nun beginnenden Zeit des Konzils euer Gedanken mit der Kirche vereinigen. Mögen die Lehrer und die Leiter der Werke und Bewegungen der Katholischen Aktion bemüht sein, alles das zu verbreiten, was im Konzil für die Christen unserer Zeit von lebendigem Wert sein wird.“

Aber das genügt noch nicht. Das Konzil ist kein Schauspiel, dem wir von außen zusehen.

„Seid euch bewußt, daß dieses Konzil jeden von euch verpflichtet. Es ist euer wie alles, was mit der Kirche zu tun hat. Man darf vom Konzil nicht sprechen wie ein Fremder, der sich weit davon distanziert. Wir müssen von unserm Konzil sprechen, von euerm und von meinem. Es geht uns wirklich an. Wir haben, jeder in seinem Kreis, an seinem Gelingen mitzuarbeiten.

Diese Mitarbeit hat schon ihren Ausdruck gefunden in den Vorschlägen verschiedener Gruppen von Laien, die nach Rom gesandt worden sind. Auch euer Bischöfe, die dem Heiligen Vater etwa 9000 Anregungen unterbreitet haben, gaben darin in weitem Umfang euren Sorgen, Anliegen und Problemen Raum. Aber das schließt nicht aus, daß Priester und Laien auch jetzt noch ihre Wünsche aussprechen können. Ich werde mich gern zu euerm Dolmetscher machen. Nur müßte man diese Wünsche formulieren, nachdem man sie in Gebet und Nachdenken erwogen hat, damit sie vom Geist Gottes durchdrungen und den stetigen Anforderungen des Evangeliums gemäß seien.“

Schließlich ruft der Kardinal seine Diözese zu inständigem Gebet für das Gelingen des Konzils auf; denn da es eine Ausgießung des Heiligen Geistes sei, müsse es erbetet werden wie das erste Pfingstfest. Die Intention des Konzils müsse deshalb von jetzt an den ersten Platz unter allen Gebetsanliegen einnehmen. „Gott tut große Dinge für unsere Generation.“

Die eifrige Tätigkeit des vom Erzbischof von Liverpool, John Heenan, im Einvernehmen mit Kardinal Bea und dem englischen Episkopat eingerichteten Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen in England (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 63) hat manche Erfolge, aber auch schon Mißverständnisse hüben wie drüben ausgelöst, um deren Klarstellung sich der Erzbischof in seinem Fastenhirtenbrief bemüht. Diese Klärung ist nötig geworden, weil sowohl das Ausmaß der kirchlichen Autorität wie auch die Beteiligung der Laien am interkonfessionellen Gespräch aufgerollt wurde und sich anglikanische Kreise in diese Erörterung eingeschaltet haben.

Der mit Erzbischof Heenan persönlich befreundete Primas der Kirche von England, Erzbischof Michael Ramsey von Canterbury, erklärte zum Jahresende 1961, die Beendigung der Bitterkeit zwischen Protestantismus und Katholizismus in England sei geradezu ein Wunder. Die Einigung der Christen in einer Kirche werde kommen, wenn die Anglikanische Kirche sich auch zunächst darum bemühen werde, protestantische Gemeinschaften mit sich zu vereinen (was den auf 2. Mai angesetzten Besuch Dr. Ramseys beim Patriarchen von Konstantinopel nicht ausschließt).

Gleichsam als Antwort darauf erwiderte Erzbischof Heenan, eine Union der Kirche von England mit anderen protestantischen Freikirchen werde kein unüberwindliches Hindernis für eine spätere Vereinigung mit dem Heiligen Stuhl sein, vorausgesetzt, daß die Kirche von England nichts von der grundlegenden katholischen Wahrheit opfere. Auf katholischer Seite müsse allerdings versucht werden, die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes so zu formulieren, daß sie auch von den getrennten Christen richtig verstanden werden könne. Er bedauerte es, daß sich die Katholiken gemäß einer römischen Instruktion vor acht Jahren aus dem Britischen Rat von Christen und Juden hätten zurückziehen müssen. Jetzt käme alles darauf an, neue und bessere Kontakte zu finden. Tatsächlich hat die katholische Hierarchie Englands beschlossen, zwei führende Theologen zur Tagung des Britischen Kirchenrates, dem außer der Kirche von England auch die Freikirchen angehören, zu entsenden, Msgr. H. Francis Davis, Birmingham, und Bernard Leeming SJ vom Heythrop College, die sich bereits einen Namen als ökumenische Sachverständige gemacht haben und Konsultoren im Sekretariat des Kardinals Bea sind.

Eine reservierte Ansicht anglikanischer Kreise zu den Möglichkeiten des Konzils erschien am 19. Januar 1962 in der „Church Times“ aus der Feder von Pfarrer David L. Edwards, früher Direktor des ökumenischen Verlages SCM-Press. Der Beitrag war ursprünglich zur Gebetsoktav in „Esprit“ veröffentlicht worden. Er würdigt freimütig den hohen Preis, den die römisch-katholische Kirche für die Beschränkung der Freiheit habe zahlen müssen, um Devotion und Gehorsam zu pflegen, Tugenden, die auch die Anglikaner schätzen, die jedoch immer die Freiheit verteidigen würden. Der Protestantismus werde niemals seine Tore der römisch-katholischen Streitmacht öffnen, wohl aber seine Herzen einer römisch-katholischen Buße. Dankbar wird der katholischen Bibelbewegung und der Liturgischen Bewegung gedacht und daran die Hoffnung geknüpft, Rom werde zur ursprünglichen Tradition des Gottesdienstes zurückkehren und einen neuen Sinn für die Bruderschaft der Kirche erwecken, um das „Ein-Mann-

System“ des Papalismus zu überwinden. Sicher sei man jetzt in eine Ära der Höflichkeit eingetreten, aber unbeschadet der Wirksamkeit des Sekretariats von Kardinal Bea könne man doch nicht vergessen, daß die von Rom unterschiedenen Christen — besonders in Lateinamerika — immer noch als Antichristen bezeichnet würden und auch die Anerkennung der anglikanischen Weihen seit der Entscheidung Papst Leos XIII. von 1896 verweigert werde. Jedoch hätten beide Seiten viel voneinander zu lernen, und die Anglikaner müßten um Vergebung für manche Irrtümer und mangelnde Sympathie für die katholische Kirche bitten.

Auffallende Warnungen von Erzbischof Heenan

Etwa gleichzeitig mit dieser zurückhaltenden Beurteilung der Lage erschien zunächst ein Artikel von Erzbischof Heenan in „The Clergy Review“, dem Organ des katholischen Klerus. Darin hieß es, es wäre falsch, „eine dramatische und rasche Hinwendung zur Kirche zu erwarten oder gar eine baldige Wiedervereinigung der Kirchen“, ebenso falsch wäre es aber, „die neue Haltung der Freundlichkeit zu beargwöhnen“. Auch halte er es für wenig glücklich, daß die Mehrheit der Priester und Laien wahrscheinlich nur geringes Interesse zeigt. Erzbischof Heenan wertet sodann den ökumenischen Dialog sehr hoch, soweit er von Fachtheologen geführt wird, weil hier Katholiken die Protestanten über ihren wirklichen Glauben unterrichten könnten, um Mißdeutungen und Unkenntnis zu klären. Andererseits könnten die Katholiken von den Protestanten erfahren, daß ihre Meinungen weit entfernt sind von der verstümmelten Version, die man auf Priesterseminaren so leicht widerlegt. Er hoffe, daß das in dieser akademischen Diskussion erreichte Verständnis allmählich zu den Gläubigen „durchsickert“.

Der Erzbischof macht sodann eine bemerkenswerte Einschränkung, daß diese Gespräche nicht direkt den Pfarrklerus betreffen, sondern nur die Professoren. Von allgemeinem Interesse dagegen seien „die öffentlichen Demonstrationen der Solidarität“ auf gemeinsamen Treffen von Anglikanern, Freikirchen und Katholiken. Ihr Erfolg hänge weitgehend von dem Geschick der Redner ab, Platitüden ebenso wie Kontroversen zu vermeiden. Es seien „Versuche der Liebe“. Allerdings sieht er darin auch die Gefahr des Indifferentismus, wie sich aus Briefen von Laien ergebe, die er erhalten habe, z. B. mit der Annahme, ein Katholik könne sich jetzt in einer protestantischen Kirche trauen lassen. Es sei leider bekannt, daß „praktizierende Katholiken nicht immer wohlunterrichtete Katholiken sind“. Auch solche Katholiken, die aus den besten katholischen Schulen hervorgehen, seien im Abc der katholischen Theologie ziemlich unbewandert.

Noch bedenklicher sei aber der übertriebene Enthusiasmus von Leuten, die um jeden Preis nicht verletzen wollen und dadurch die Bewegung zur Einheit in Verdacht bringen, wenn sie, wie z. B. der Herausgeber von „The Clergy Review“, nur noch von der „katholischen Kirche“ sprächen, statt wie früher von der römisch-katholischen Kirche, und dabei nicht bedenken, daß es in England die verbreitete Theorie gibt, wonach der Anglikanismus und die römische Kirche verschiedene gleichwertige Zweige einer unsichtbaren Universalkirche seien. Schlimmer sei die mißverständliche Höflichkeit kontinentaler Ordensmänner, die glauben machen, daß die anglikanischen Weihen gültig seien. Es gebe leider immer Katholiken außerhalb Englands, die meinen, sie verstünden die Anglikaner

besser, als es die englischen Katholiken vermögen. Und es werde immer Anglikaner geben, die lieber mit auswärtigen Katholiken verhandeln, weil die englischen Katholiken ihre Positionen nur zu gut kennen. In jedem Falle, so schließt der Artikel von Erzbischof Heenan, könnten die Laien und die große Mehrheit des Klerus keinen aktiven Anteil an der Ökumenischen Bewegung selber nehmen.

Acht Regeln

Dennoch bemüht sich der Fastenhirtenbrief des Erzbischofs von Liverpool, alles zu tun, um alte Feindseligkeiten und Mißtrauen abzubauen. Dafür gibt er folgende Regeln:

1. Klage niemals Nichtkatholiken an, sie seien nicht guten Glaubens.
2. Bleibe immer ruhig, wenn die Unwissenden das angreifen, was sie für die katholische Lehre halten.
3. Beantworte bereitwillig Fragen nach dem Glauben, aber diskutiere nie, wenn du dich nicht beherrschen kannst.
4. In Diskussionen mit Nichtkatholiken gib niemals in der Absicht, zu gefallen, vor, daß die Glaubensunterschiede unwichtig seien.
5. Verleugne nicht den Anspruch der katholischen Kirche, die einzige wahre Kirche zu sein. Nichtkatholiken verachten uns, wenn wir versuchen, dies zu verschweigen.
6. Christliche Liebe erfordert es nicht, an dem Gottesdienst anderer Religionsgemeinschaften teilzunehmen — aber wir sollten nicht katholischer sein wollen als der Papst. Wir dürfen öffentlich mit anderen Christen zusammen das Vaterunser und das Apostolische Glaubensbekenntnis beten.
7. Vereinige dich mit Nichtkatholiken in guten Werken für die Gemeinschaft. In der Sozialarbeit, in Gewerkschaften und politischen Parteien sollten Katholiken ein gutes Beispiel des Gemeingeistes geben . . .
8. Indem wir die christliche Einheit fördern, dürfen wir nie vergessen, daß es unsere Pflicht ist, allen Menschen das Glaubenswissen zu geben. Die Rückkehr unseres Landes zum alten Glauben muß Gegenstand unseres ständigen Gebets und apostolischer Arbeit sein. Denke daran: die Tragödie Englands ist nicht, daß so viele Christen keine Katholiken sind, sondern daß so viele Bürger überhaupt keinen Glauben haben.

Fragen an Erzbischof Heenan — Grenzen der Autorität

Während dieser Fastenhirtenbrief kein besonderes Echo fand, da er elementare Wahrheiten aussagt, erschienen im Märzheft von „The Clergy Review“ drei Briefe an den Herausgeber — übrigens zugleich Professor für Dogmatik am St. Edmunds College und einer der bedeutendsten Theologen Englands. Sie beziehen sich auf den Artikel des Erzbischofs Heenan vom Januar. Ein Priester stellt die beachtliche Frage, wie denn der Dialog unter Theologen fruchtbar werden kann, wenn er isoliert wird vom Dialog zwischen Klerus und Laien. Eine Frau meint, es sei reichlich Grund zur Besorgnis, wenn die Laien theologisch so unwissend seien, und sie fragt, ob damit gemeint sei, daß sie weiter in Unwissenheit zu halten seien, „weil sie nur etwas von Tombola [zur Finanzierung kirchlicher Zwecke] verstehen sollen“. Schließlich beklagt sich ein anglikanischer Geistlicher darüber, daß Erzbischof Heenan die Ansicht unterstützt, wonach „Anglikaner sich an den Kontinent aus unehrenhaften Gründen wenden“.

Es ist nun freilich nicht unbekannt, daß wenigstens einige

Laien des englischen Katholizismus ein gutes Verständnis theologischer Prinzipien haben und Achtung genießen, weil sie diese Prinzipien entschieden auf die großen Probleme der Gegenwart anwenden. So beteiligte sich eine Gruppe katholischer Universitätslehrer unlängst an einem Buch über „Kernwaffen und christliches Gewissen“. Darin kamen sie (anscheinend dem Vorbild der ökumenischen Kommission der Kirchen für Internationale Fragen folgend) zu der Schlußfolgerung, daß der Christ zu einseitiger nuklearer Abrüstung verpflichtet sei. Bischof Beck von Salford hingegen stimmte in einer Rezension des Buches in „The Tablet“ mit dieser Folgerung nicht überein, anerkannte aber die Bedeutung des Buches und die Kraft seiner Argumente. Später diskutierten einige der Autoren das Problem abermals im Fernsehen mit dem Bischof, ein schlagender Beweis für das Recht von Laien, ihre Ansichten auch zu wesentlichen theologischen Fragen zur Geltung zu bringen.

Ein anderes Beispiel: Bischöfe und Priester wie Laien beteiligten sich 1961 in Bec, Normandie, an einer Reihe von Vorlesungen mit Diskussion, die inzwischen als Buch unter dem Titel „Probleme der Autorität“ erschienen sind (hrsg. von John M. Todd, Verfasser eines Buches über die Ökumenische Bewegung). Bischöfe — darunter ein Erzbischof — und Priester untersuchen hier die Bedeutung und die Grenzen der Autorität in der Kirche. Erzbischof Roberts, ein Jesuit und früher Erzbischof von Bombay, betitelt kühn seinen Aufsatz: „Nackte Gewalt: die Autorität in der Kirche von heute“ und beschreibt einen Fall von Mißbrauch der Gewalt, der ein Verfahren vor den Zivilgerichten gerechtfertigt hätte. Von besonderem Interesse aber sind die Beiträge der Laien.

J. M. Cameroon, Professor für Philosophie an der Universität Leeds, behandelt den Gehorsam gegenüber der staatlichen Autorität und meint, der verantwortliche Bürger müsse sowohl die Bedeutung einer Maßnahme wie den Sinn verstehen, um derentwillen sie erlassen wurde, ehe er sich dafür entscheide, zu gehorchen oder nicht. Er prüft sehr kritisch die vorgebrachten Gründe, die dafür angeführt wurden, daß man der politischen Autorität gehorchen müsse, auch ohne in jedem Falle einzusehen, ob ein ergangener Befehl gerechtfertigt sei. Er bleibt dabei, daß diese Gründe alle „sehr traditioneller Art“ seien. „Im übrigen sorgen auch sehr schwache Regierungen dafür, daß die Kinder lesen und schreiben lernen, und erlauben nicht, daß die Leute auf der Straße am Hunger sterben...“ Aber jene Leute, die die Annahme unterstützen, man müsse der Regierung gehorchen, gehen zu weit, wenn sie meinen, die Einzelpersonlichkeit sei unklug, dem zu widersprechen, was die Mehrheit verantwortlicher Politiker in der gegenwärtigen Lage für notwendig erachtet. In dem schrecklichen Augenblick eines gerechten Krieges müßten wir bei Aufrechterhaltung dieser Ansicht „in alle Ausgaben moraltheologischer Werke, in denen die Frage des Krieges erörtert wird, die folgende Rubrik ein drucken: Unbeschadet irgendeiner Lehre, die in diesem Buch gefunden wird und etwas anderes aussagt, ist die Maxime: ‚Recht oder Unrecht — zuerst mein Land‘ als oberstes Leitprinzip zu wählen.“

Die Autorität der Laien

John Todd handelt in dem Buch (das demnächst im Patmos-Verlag, Düsseldorf, erscheint) ausdrücklich „Von der Autorität der Laien“. Er findet sie erstens in der natürlichen Autorität des Menschen über die Schöpfung,

der die Verantwortlichkeit gegenüber Gott als Korrelativ zur Seite stehe. Zweitens darin, daß das Evangelium Christi diese Verantwortlichkeit in sich aufgenommen hat; so daß der Mensch durch Taufe und Firmung die Autorität empfängt, zu arbeiten, zu kämpfen und zu leiden für die Auferbauung alles dessen, was zur Fülle Christi gehört. Drittens erwächst sie aus der Eucharistie und der vollen Antwort auf die sakramentalen Gaben in der Heiligkeit des Lebens. Schließlich ist sie enthalten in der klar definierten und in mancher Hinsicht letzten Autorität, die aus dem Sakrament der Ehe und ihrer Gründung der fundamentalen christlichen Gemeinschaft fließt. Er erweitert dies alles in Betrachtungen über die Ausübung dieser Autorität im Hinblick auf die moderne Welt. Aber es sei schwer, die Menschen von diesen Möglichkeiten zu überzeugen, weil „die komplizierte Organisation der Kirche weitgehend auf der Annahme errichtet wurde, die seinerzeit korrekt war, daß die einzigen gebildeten Leute Kleriker sind“. Man müsse viel mehr und offener die Autorität des Laien im Ehestand anerkennen, denn obwohl es nicht kirchliche Lehre sei, bestehe der weitverbreitete Eindruck, daß die Ehe nur eine Konzession an sündhafte Bestrebungen ist.

Todd findet ein Beispiel für das Versagen der Zurüstung des Laien in seinem geistlichen Stand in dem falschen Gebrauch des Beichtsakraments: „Für viele praktizierende Katholiken ist die Beichte nicht weniger und nicht mehr als ein ziemlich demütigender Weg, einige sakramentale Gnaden herabzurufen.“ Sie gehen einmal in der Woche zur Beichte, bekennen dieselben unbedeutenden Sünden, vielleicht dieselbe Sünde wie früher, „suchen aber keinen Rat und empfangen keinen und gehen dann glücklich fort — oder gar selbstzufrieden — in dem Gedanken, daß sie einige Tropfen Gnade in die eigene Seele herabgerufen haben“.

Ein anderes Werk über „Die Kirche und die Laien“ wird demnächst von John Coulson veröffentlicht in Anlehnung an Kardinal Newmans Essay: „Über die Befragung der Gläubigen in Sachen der Lehre“.

Aus Amerika

Latein-amerikanische Bestandsaufnahme

Man könnte den Eindruck haben, Lateinamerika sei in den letzten Jahren neuentdeckt worden, wenn man die Fülle der Veröffentlichungen sieht oder feststellt, wie viele internationale Tagungen und Kongresse sich in einem der Länder der südwestlichen Hemisphäre versammeln. Vielfältig sind die Ursachen dieses Vorganges: der Druck des Weltkommunismus und die durch ihn geweckte Solidarität der westlichen Welt; der rapide Bevölkerungszuwachs der lateinamerikanischen Länder und die vor allem damit verbundenen Verschiebungen im sozialen Gefüge; die Entkolonisierung, die — nur mit der Sprengkraft der Französischen Revolution vergleichbar — als eine struktur- und bewußtseinsverändernde Weltbewegung auch in den seit mehr als 150 Jahren politisch unabhängigen Staaten die Erkenntnis herbeiführt, daß sie, wirtschaftlich und sozial gesehen, selbst ebenfalls bisher noch dem kolonialen Status zuzurechnen waren, aus dem sie sich jetzt zu befreien suchen. Es wären noch manche andere Gründe zu nennen, zumal die revolutionäre Dynamik der Ereignisse sich auf alle Gebiete des Lebens erstreckt und sich nicht zuletzt im kulturellen und religiösen Bereich auswirkt. Es rächt

sich nun, daß man allzu lange in der Fiktion gelebt hat, Lateinamerika sei mehr oder minder geschichts- und gesichtslos und habe keine Probleme, die das Weltganze angingen, weil sich die geistigen Vertreter dieser Länder bisher nicht zu Worte gemeldet oder aber sich kein Gehör zu verschaffen vermocht hatten. So kommt es, daß im allgemeinen die notwendige Kenntnis der spezifischen Fragen und Aufgaben des Subkontinents nicht vorhanden und darum die Möglichkeit, Entwicklungslinien in die Zukunft auszuziehen, äußerst beschränkt ist. Es ist allerdings anzunehmen, daß in den Zentralen des Weltkommunismus, Moskau und Peking, die Realität Lateinamerikas wesentlich besser bekannt ist als im westlichen Lager, wenigstens unter dem vereinfachenden Gesichtspunkt der unmittelbar praktischen weltrevolutionären Zielsetzung. Um so wichtiger ist es, daß auf unserer Seite der Nachholbedarf einer gründlichen und konkreten Dokumentation und einer allseitigen Bestandsaufnahme endlich in Angriff genommen wird.

Eine erste Studienreihe

Erfreulicherweise ist dafür nunmehr ein großzügiger Ansatz gewonnen worden. In den Jahren 1958 bis 1961 wurden unter verschiedenen Gesichtspunkten in internationaler Zusammenarbeit Studien über die sozialen und religiösen Strukturveränderungen in Lateinamerika betrieben und in spanischer Sprache von der FERES (Fédération Internationale des Institutions Catholiques de Recherches Socio-religieuses) mit ihrem internationalen Zentrum in Freiburg (Schweiz) und ihrem lateinamerikanischen Sitz in Bogotá (Kolumbien) herausgegeben. Die Veröffentlichungen, von denen einige bereits vorliegen, erscheinen in drei Serien: 1. Soziologische Studien; 2. Dokumente; 3. Religionssoziologische Studien. Die meisten Mitarbeiter sind Lateinamerikaner, einige sind Spanier. Die Arbeit wurde von Abbé François Houtart, dem Direktor des Religions-soziologischen Forschungszentrums in Brüssel, auf Grund einer Initiative von Msgr. Luigi Ligutti, dem Ständigen Beobachter des Heiligen Stuhles bei der FAO, unternommen und koordiniert. Die Untersuchungen konnten dank der Finanzierung durch die Homeland Foundation durchgeführt werden. Die Studienzentren in Belgien, Spanien, Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko und Paraguay haben sich an den Arbeiten beteiligt. In folgenden Ländern sind eigene Forschungsgruppen zusammengestellt worden: Bolivien, Costa Rica, Ecuador, Guatemala, Haiti, Honduras, Martinique und Guadalupe, Jamaika, Nikaragua, Peru, Dominikanische Republik, El Salvador, Uruguay und Venezuela. Die Herausgeber weisen in ihrem Vorwort darauf hin, daß die Monographien mangels vollständiger Dokumentation nicht den Anspruch auf Letztgültigkeit machen können. Da es für diese Themen fast gänzlich an veröffentlichtem Material fehle, andererseits aber praktisches Handeln von Stunde zu Stunde dringlicher werde, hätten sie sich dennoch entschlossen, die Studien so vorzulegen, wie sie jetzt nach besten Kräften geleistet werden konnten, damit so die sachlichen Grundlagen für die Praxis und zugleich für weitere Untersuchungen vorhanden wären. Man möge sich bewußt sein, daß damit vorläufig nur ein erster Schritt getan worden sei.

Der Leser hat indessen allen Grund, schon dafür dankbar zu sein. Die bisher erschienenen Monographien aus allen drei Serien machen durchaus den Eindruck, zuverlässig erarbeitet worden zu sein, und bieten eine Fülle von Ma-

terial, statistischen Übersichten, Einzelergebnissen innerhalb von Gesamtzusammenhängen, so daß mit Hilfe dieser und der in rascher Folge angekündigten Studien die bisher vagen und blassen Umrisse Lateinamerikas schnell scharfe Konturen annehmen und verantwortliches Handeln sowohl von seiten der Kirche wie von seiten der weltlichen Instanzen sachlich ermöglichen und kraftvoll unterbauen.

Die wirtschaftliche und soziale Lage in der ländlichen Welt

Als Beispiel sei hier im folgenden über Aufbau, Inhalt und Endergebnis von Band 2 der Reihe „Dokumente“ berichtet. Die 143 Seiten starke Broschüre trägt den Titel „Transformación en el mundo rural latino-americano“ und ist verfaßt von Berta Corredor und Sergio Torres, behandelt also eines der wichtigsten und brennendsten Themen: den Strukturwandel der bäuerlichen Welt Lateinamerikas, wie wir übersetzen würden, wäre nicht schon mit dem Wort „bäuerlich“ ein falsches Vorstellungsbild erweckt, das, wie auch die Studie erhärtet, auf Lateinamerika nicht oder nur für wenige Gebiete zutrifft.

Nach einer methodologischen Einleitung behandelt das erste Kapitel die Eigentumsstrukturen an Grund und Boden in den wichtigsten lateinamerikanischen Ländern; hier heißt es zusammenfassend: Praktisch kann man sagen, daß der Familienbesitz so gut wie unbekannt ist, so daß es ein eigentliches Bauerntum im Sinne eines Standes, der sein eigenes Land bebaut und angemessen von den Einkünften seiner Arbeit lebt, nicht gibt. Im zweiten Kapitel wird von den wirtschaftlichen Folgen der gegenwärtigen Bodenverteilung gehandelt, im dritten von den sozialen Folgen der derzeitigen Agrarstruktur. Das vierte Kapitel ist dem Verhältnis von Kirche und Landwirtschaft gewidmet, und das fünfte Kapitel bringt eine kurze Übersicht über die Rolle der internationalen Organisationen bei der Agrarreform. Wichtig scheinen uns die Schlußfolgerungen, die in 21 Sätzen formuliert werden.

1. Drei Viertel der lateinamerikanischen Bevölkerung leben auf dem Lande und hängen direkt oder indirekt von der Landwirtschaft ab.
2. Die gegenwärtige Agrarstruktur Lateinamerikas ist durch das mangelnde Gleichgewicht zwischen der Zahl der Grundeigentümer und der nutzbar gemachten Fläche gekennzeichnet. Daraus ergibt sich einerseits die Überzahl von Minifundien (= weniger als fünf Hektar, gemäß der für Lateinamerika angenommenen Berechnung) sowie andererseits das Übergewicht der Großgrundbesitzer.
3. In jedem Land hebt sich eine kleine Gruppe von Grundbesitzern heraus, die fast das Monopol für die gesamte nutzbar gemachte Fläche in Händen haben, während sich die große Mehrheit der Landbevölkerung mit winzigen Landstücken begnügen muß oder völlig besitzlos ist.
4. Die Eigentumsverhältnisse in der lateinamerikanischen Landwirtschaft bringen es mit sich, daß die meisten Angehörigen der ländlichen Bevölkerung Tagelöhner sind.
5. Diese Verhältnisse stammen aus der spanischen und portugiesischen Gesetzgebung über die Landverteilung.
6. Auf Grund dieser Verhältnisse ergeben sich die drei sozialen Klassen: Oberklasse, bestehend aus den Großgrundbesitzern, Mittelklasse, bestehend aus Eigentümern mittelgroßer Betriebe, und Unterklasse oder Landproletariat. Relevant sind vor allem die Basis und die Spitze dieser Pyramide.
7. Großgrundbesitz bedeutet zugleich wirtschaftliche und politische Macht sowie gesellschaftliches Prestige. Die

Oberklasse betrachtet große Ländereien als Sinnbild ihres Prestiges.

8. Das Landproletariat ist einheitlich gekennzeichnet durch den niedrigen Lebensstandard, Unwissenheit, Fehlen der Grunderziehung, Mangel an Klassenbewußtsein und Organisation.

9. Lebensstandard und Unwissenheit bedingen die Lebensweise des Landproletariats: ungesunde Wohnung, mangelnde Ernährung, Mangel an Hygiene, Analphabetentum.

10. Die ländlichen Gebiete Lateinamerikas sind fast immer ohne die notwendigsten Einrichtungen, die den Menschen das Minimum des Lebensnotwendigen sichern würden. Das Fehlen oder der Mangel von Ärzten, Apothekern, Krankenhäusern, Schulen, kulturellen Zentren ist schuld daran, daß die Menschen in ihrem zurückgebliebenen Zustand verharren oder aber in die Städte abwandern.

11. Die jetzige Agrarstruktur macht einen Aufstieg unmöglich. Es wurde bereits auf die Konzentration des Landbesitzes in den Händen weniger hingewiesen, und dieser Zustand verstärkt sich noch, wenn man den Bevölkerungszuwachs und die Wertsteigerung von Grund und Boden mitbedenkt. Ein großer Teil der Landbevölkerung kann überhaupt nie zu Grund und Boden kommen. Die Statistiken zeigen denn auch eine starke Zunahme der Tagelöhner.

12. Die falsche Landverteilung hat die Abwanderung vom Land zur Stadt verursacht, so daß sich das städtische Proletariat dauernd vermehrt.

13. Das hat zur Folge, daß dem Lande die besten Kräfte verlorengehen, da vor allem die jungen Menschen abwandern, die sich in die gegebenen Verhältnisse nicht dumpf schicken, sondern weiterkommen wollen. Das wären aber gerade diejenigen, mit denen eine Verbesserung der Zustände auf dem Lande rechnen müßte, während andererseits die Entvölkerung des Landes und die städtischen Ballungen die wirtschaftlichen und sozialen Probleme noch zuspitzen.

14. Obwohl in den meisten lateinamerikanischen Ländern die Gesetzgebung die soziale Bedeutung des Eigentums festlegt und auch Grundrechte des Landproletariates anerkennt, so bleibt die Wirklichkeit meist davon unberührt. Man muß vielmehr damit beginnen, die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der Landbevölkerung zu ändern, um so den Gesetzen erst überhaupt eine Wirkmöglichkeit zu geben.

15. Aus der geschilderten Lage ergibt sich der soziale Druck in der Landbevölkerung. Zudem stehen das wachsende Industriepotential und die zunehmende Armut auf dem Lande einander gegenüber. Diese schweren Probleme können nur auf dem Wege über eine allseitige Agrarreform gelöst werden.

16. Die Regierungen, die internationalen Organisationen und die katholische Kirche anerkennen die Notwendigkeit einer Agrarreform mit demokratischen Mitteln. Der Interamerikanische Rat für soziale und wirtschaftliche Fragen (CIES, eine Abteilung innerhalb der Organisation der amerikanischen Staaten = OAS) schlägt vor, daß die Pläne für eine solche Reform auf technischen Studien fußen müßten, die den Besonderheiten der einzelnen Länder Rechnung trügen. Die Kirche zeigt in Enzykliken, Hirtenbriefen und Internationalen Kongressen innerhalb der christlichen Sozialordnung die klaren Leitideen auf. Die Beschlüsse gerade des Vierten Internationalen Katho-

lischen Kongresses für Landfragen sind richtungweisend für alle Pläne, die sich mit Landreform befassen. Die Schaffung familiengerechter Bauernhöfe innerhalb eines Systems von Kooperativen wäre demnach der Schlüssel für Freiheit, Stabilität und Fortschritt in Lateinamerika.

17. Die Landreform muß ganzheitlich sein: Reform der Strukturen und Heranbildung eines neuen Menschentyps. Solange der Mensch in seiner Unwissenheit verharret, nützt auch die gerechteste Landverteilung nichts.

18. Kirche und Staat müssen gemeinsam ein Erziehungswerk unternehmen, das die Landbevölkerung menschlich und fachlich höher führt. Ausgehend von der Grund-erziehung, müßte ein solches Werk im Pfarrbereich, auf Gebietsebene und schließlich für einen ganzen Staat unter der Verantwortung staatlicher und kirchlicher Stellen durchgeführt werden.

19. Um wirklich etwas zu erreichen, ist es nötig, von ländlichen Schwerpunkten auszugehen und die Führungskräfte auszubilden, die an Ort und Stelle das Programm durchzuführen hätten.

20. Für die wirtschaftlichen Probleme der Landbevölkerung sind ganz konkrete Lösungen notwendig. Hier legt sich die Kooperative nahe, weil ihre je verschiedenen Organisationsformen am besten den verschiedenen Bedürfnissen entsprechen. Allerdings ist zuallererst durch eine Erziehungsphase das Mißtrauen und der Eigennutz der zukünftigen Mitglieder einer Kooperative zu überwinden. Davon hängt der Erfolg erst eigentlich ab.

21. Als Schlußgedanke diene der Leitsatz 54 aus der bei dem Vierten Internationalen Katholischen Kongreß für Landfragen in Santiago beschlossenen „Carta“: „Nur ein vollverwirklichtes, konkretes, auf den Alltag, auf unsere Gegenwart und Umwelt bezogenes Christentum kann der Versuchung Herr werden, die Erde und ihre Menschen in diesem von Herkunft und Bestimmung christlichen Lateinamerika anderen Ideologien zu überlassen.“

Christlich-demokratische Mehrheit an den Universitäten Chiles

Während für gewöhnlich aus lateinamerikanischen Ländern von links-radikaler Einstellung und revolutionärer Betätigung der Studentenschaft

berichtet wird, kommt aus Chile die überraschende Nachricht, daß die 30 000 Studenten der sieben chilenischen Universitäten in ihrer großen Mehrheit für die christlich-demokratische Liste gestimmt haben. Diese Meldung verlangt nach einer Deutung, wenn man ihre Bedeutung verstehen will.

Die Mehrzahl der lateinamerikanischen Universitäten ist staatlich; daneben gibt es aber auch sogenannte „freie Universitäten“, vor allem katholische, die zum Teil Subventionen aus öffentlichen Mitteln erhalten und deren Examina staatlich anerkannt zu sein pflegen. Für die politische Meinungsbildung sind die staatlichen Universitäten maßgeblicher, zumal sie statutengemäß fast völlig autonom sind und dem Ideal einer „Studentenrepublik“ nahe zu kommen suchen. Die Beteiligung der Studenten an der Leitung der Universitäten und Fakultäten geht weit über das hinaus, was wir in Europa oder in Nordamerika kennen. So ist es nicht erstaunlich, daß die Politik in diesem Rahmen eine sehr große Rolle spielt und daß zwischen Hochschulpolitik und nationaler Politik ein reges Wechselverhältnis besteht. Die lateinamerikanischen Studenten fühlen sich weithin für die Entwicklung ihrer Länder

verantwortlich, zumal sie oft die einzige Bevölkerungsschicht sind, die in der Lage zu sein glaubt, politische und soziale Zusammenhänge zu verstehen und zu überblicken. Es konnte darum nicht ausbleiben, daß die marxistische Weltrevolution in den lateinamerikanischen Universitäten Schlüsselpositionen sah, die es zu besetzen galt. Das ist auch weithin gelungen. In manchen Ländern sind die Universitäten zu revolutionären Zentren geworden, die dank ihrer Autonomie gelegentlich der Regierung Schach zu bieten vermögen. Solche Vorgänge sind in letzter Zeit vor allem aus Venezuela bekannt geworden.

Um so mehr erstaunt die eingangs erwähnte Meldung aus Chile. Um sie zu verstehen, ist es allerdings notwendig, die Eigenart der „christlichen Demokraten“ in diesem Lande zu umreißen. Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß in den „katholischen Ländern“ Lateinamerikas seit ihrer selbständigen Existenz eigentlich nie katholische Politik gemacht worden ist. Die Katholiken überließen die öffentlichen Angelegenheiten liberalen Politikern und übernahmen lange Zeit hindurch keine tragende Verantwortung. Soweit es religiös gebundene Politiker gab, standen sie im konservativen Lager und vertraten vornehmlich die Interessen ihrer eigenen Gruppe; ihre soziale Gesinnung fand ihren Ausdruck in paternalistischen Leitbildern. Das gilt ganz besonders für Chile, eben für jenes Land, aus dessen Universitäten uns die überraschende Nachricht vom überwältigenden Sieg der christlich-demokratischen Bewegung kommt. Es handelt sich hier aber um eine Bewegung, die mehr noch gegen die traditionalistische Richtung der katholischen Partei Front macht als gegen die sozialistischen Linksparteien. Anstelle einer sozialen und konfessionellen Interessenvertretung ist in den dreißiger Jahren — und nicht nur in Chile, sondern auch in Brasilien, Venezuela, Ekuador, Costa Rica und anderen Ländern — eine echte politische Bewegung entstanden, die auf demokratischer Grundlage und im Sinne der kirchlichen Soziallehre das Wagnis des politischen Engagements einzugehen entschlossen ist.

Die christlich-demokratischen Parteien Lateinamerikas stehen erst am Anfang; ihre Rolle ist je verschieden nach der Gesamtsituation der betreffenden Länder. In Chile ist die Partei parlamentarisch am stärksten vertreten und von außerordentlicher Dynamik beseelt. Darum ist ihre Eroberung der Universitäten von besonderer Bedeutung. Der am 28. Oktober 1961 neugewählte Präsident der Partei, der Abgeordnete Renán Fuentealba, hat in einer programmatischen Rede das Wahlergebnis entsprechend gewürdigt und gedeutet. Ihm ist dabei nicht nur der Sieg über den Marxismus wichtig, der dreißig Jahre hindurch die Staatsuniversität von Santiago mit ihren 13 000 Studenten beherrscht hatte, sondern ebenso bedeutungsvoll erscheint ihm, daß auch an der Katholischen Universität der Hauptstadt mit ihren 7 000 Studenten die Vertreter der (katholischen) Rechtsgruppen und der Liberalen geschlagen werden konnten. So ist hier unter der akademischen Jugend Chiles eine echte Alternative entstanden, die über die festgefrorenen Fronten des Konservatismus einerseits und des revolutionären Marxismus andererseits in die Zukunft zu weisen verspricht. Dabei ist zu beachten, daß die christlichen Demokraten Chiles, vor allem innerhalb der Studentenschaft und der Jungakademiker, radikal auf eine Zuständereform zielen und sich vor einem rein taktischen Zusammengehen mit den Kommunisten und „Fidelisten“ kaum fürchten werden.

Bei solchem gewagtem Spiel ist höchste intellektuelle Wachheit und feinste Gewissensempfindlichkeit vonnöten. Es bleibt abzuwarten, ob die zweifellos vorhandene Chance mit Erfolg genutzt werden kann und ob das chilenische Beispiel Schule machen wird.

Staat und Familie in Kuba

Auf verschiedene Reklamationen über die Authentizität des in der Herder-Korrespondenz (ds. Jhg., S. 112) veröffentlichten kubanischen Gesetzes vom 31. 8. 1961 über die elterliche Gewalt hat die Redaktion der Herder-Korrespondenz Recherchen angestellt, die zu keinem eindeutigen Ergebnis geführt haben. Nach einer Version handelt es sich um einen Text, der nach Publikation in der „Gaceta Oficial“ von der Regierung wieder zurückgezogen worden sei, nach einer anderen um eine Fälschung kubanischer Gegenrevolutionäre. Auf jeden Fall ist er in Kuba verbreitet gewesen und hat dort große Beunruhigung hervorgerufen, so daß viele Eltern ihre Kinder ins Ausland schickten. Daraufhin hat sich die Regierung ausdrücklich von den in dem angeblichen Gesetz enthaltenen Absichten distanziert.

Doch darf man trotzdem feststellen, daß, wenn auch dieses „Gesetz“ kein offizieller Bestandteil der Politik der kubanischen Regierung sein mag, in der Praxis doch viele Ansätze zu finden sind, die auf die Trennung der Kinder von ihren Eltern hinarbeiten. So legt es der Staat z. B. immer wieder darauf an, zu irgendwelchen Kampagnen, etwa zur Bekämpfung des Analphabetentums, zum Zuckerschneiden usw., Jugendliche in geschlossenen Wohn- und Arbeitskomplexen zusammenzufassen, wo sie nach getaner Arbeit kommunistisch indoktriniert werden. Zur Zeit leben in Havanna etwa 50 000 „Stipendiaten“ (zwischen 14 und 18 Jahren), die, uniformiert und in Gruppen aufgeteilt, in die Häuser der Reichen eingewiesen wurden. Ihre Erziehung ist hauptsächlich auf das Erlernen der Grundkenntnisse des Marxismus-Leninismus gerichtet. Es sind viele Fälle bekannt geworden, in welchen die Jugendlichen gefragt wurden, wie ihre Eltern zum Staat stünden und ob sie Äußerungen gegen das Regime getan hätten. Man arbeitet also faktisch daran, die Kinder und Jugendlichen zusammenzufassen und den Eltern zu entfremden, wenn die Regierung auch offiziell nicht bis zu dem Extrem des von uns berichteten Gesetzes gegangen ist.

Aus den Missionen

Daß durch die Wiederherstellung der wahren Einheit unter den Christen der Weg zur katho- lischen Kirche, die die Kirche Christi ist, offensichtlich werde. Missions- gebetsmeinung für Juni 1962

In seiner Ansprache an die Zentralkommission für die Konzilsvorbereitung am 20. Juni 1961 (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 509) stellte Papst Johannes XXIII. einen Zusammenhang her zwischen dem Anliegen der Wiedervereinigung und der Weltmissionsaufgabe der Kirche. Das Konzil, so versprach er, werde sowohl für die Stimmen der getrennten Christen wie für die aller anderen gutwilligen Menschen ein waches Ohr haben. Denn die Kirche richte ihr Auge auf die ganze Welt und umarme sie in der Hoffnung, alle Menschen an ihrer Brust zu bergen. Wie die Gebetsmeinung für den kommenden Monat Juni zeigt, sieht der Papst in der Spaltung der Christenheit ein so großes Hindernis für die Weltmission, daß man es mit menschlicher Klugheit allein nicht um-

gehen kann. Genaugenommen, drückt ja der Text der Gebetsmeinung die Überzeugung aus, daß das Christentum erst nach der Wiedervereinigung aller Christen seine volle Glaubwürdigkeit erlangen wird: durch die Wiederherstellung der Einheit soll der Weg zur Kirche Christi für die Nichtchristen klar erkennbar und einladend werden.

Aus urchristlicher Zeit wird uns überliefert, daß die Heiden voll Staunen auf die Christen hingewiesen und gesagt hätten: „Seht, wie sie einander lieben.“ Für viele von ihnen soll das zum Motiv ihrer Bekehrung geworden sein. Zwar mag ihr Staunen zunächst der menschlichen Brüderlichkeit gegolten haben, die sie im Verhalten der Christen zueinander bewunderten. Aber diese Brüderlichkeit gründete in der Gemeinschaft des Glaubens und des kirchlichen Lebens, die jene Christen in ihrer Diaspora miteinander verband und die ihrem Bekenntnis die überzeugende Kraft verlieh. Als Bekenner Christi traten sie, einer wie der andere, mit demselben Glauben und derselben frohen Liebe vor ihre heidnischen Mitbürger hin, immer gestützt durch die Gesamtheit ihrer Glaubensbrüder. Wie Paulus uns deutlich macht, versuchten sie ihre menschliche Individualität zu verbergen, damit möglichst Christus allein durch sie zum Reden käme.

Wenn man nun heute die Einwände, die sich in den nichtchristlichen Ländern gegen die christlichen Missionen der verschiedenen Konfessionen erheben, überblickt, dann kann man sie vielleicht auf zwei Vorwürfe reduzieren. Der erste ließe sich so formulieren: Ihr bringt uns ja nicht Christus, sondern eine auf eure Art frisierte Kopie von ihm. Das Päpstliche Werk der Glaubensverbreitung in Rom hat in seiner Erläuterung zu dieser Gebetsmeinung eine Anzahl derartiger Einwände zusammengestellt. Da heißt es zum Beispiel: „Die christlichen Völker sind ja nicht besser als wir“ — Christus, das ist ein Etikett, aber keine Substanz! „Was bei uns die Kasten, das sind bei euch die Konfessionen“ — Christus ist in euren Traditionen nach euerem Gutdünken zurechtgestutzt worden! „Christus ist Erlöser der Welt, ihr seid Vertreter des Abendlandes oder des ‚Westens‘“ — das Erscheinungsbild der christlichen Religionen überdeckt das Göttliche mit dem Firnis einer bestimmten Kultur! „Euch ist es ja mehr um eure Kirche zu tun als um den, dem eure Kirche angeblich dient“ — ein sehr bitterer Vorwurf! „Wir wollen Prophetie, ihr bringt uns Organisation“ — ein Einwand, der tiefe Unterschiede zwischen östlicher und westlicher Vorstellung von Religion ausspricht.

Die zweite Gattung von Vorbehalten, mit der die Mission es zu tun hat, erhebt wegen der Verschiedenheit der christlichen Religionsgemeinschaften und ihrer Konfession Einspruch gegen die Behauptung, daß das Christentum göttlichen Ursprungs sei. Sie glaubt sich dazu um so mehr berechtigt, als die verschiedenen christlichen Missionen häufig in scharfer Konkurrenz stehen und nicht erkennen lassen, daß sie alle, je auf ihre Art, nur Christus dienen wollen. Die Menschen der asiatischen Kulturen sind, nicht zwar im täglichen Leben, aber in den letzten Dingen menschlichen Erkennens und Verhaltens tolerant. Sie finden auch im Evangelium die Weisung zur Duldsamkeit und zur Liebe. Und sie argumentieren: Wenn euer Herr und Meister sich bei euch mit diesen seinen Mahnungen und Weisungen so wenig durchsetzt, wie kann er dann die Kraft Gottes für sich haben? Sie können das Nebeneinander verschiedener christlicher Missionen, die je für sich einen absoluten Anspruch geltend machen, mit der

Mahnung Jesu zur Einigkeit einfach nicht in Übereinstimmung bringen.

Ja diese Konkurrenz begünstigt und bestätigt schließlich den in vielen Missionsländern ohnehin vorhandenen Zug zum Agnostizismus und Synkretismus. Die westliche Welt besitzt wegen ihrer zivilisatorischen Leistungen in der gesamten Welt ein gewisses Prestige. Man ist deshalb geneigt, auch ihre Philosophie zu übernehmen. Wenn sich nun aber zeigt, daß die westliche Welt gerade in der Frage nach dem Sinn des Lebens keinen Rat weiß und daß selbst ihre religiösen Exponenten sich bis in konkreteste Fragen hinein — man denke nur an die Geburtenkontrolle — widersprechen, wie kann man dann erwarten, daß die Menschen in Asien oder Afrika vom Christentum etwas halten?

Selbst dann, wenn sie sich haben taufen lassen, sind sie in vielen Fällen noch keineswegs endgültig überzeugt. Und mehr als wir, die wir die Trennung der Christenheit seit Jahrhunderten tragen und uns daran gewöhnt haben, sind sie empfindlich. Sie nehmen Anstoß an vielen Phänomenen der christlichen Spaltung, die uns nicht mehr erschüttern. Je mehr sich die Völker Asiens und Afrikas ihrer Eigenart und Stärke bewußt werden, um so weniger hat ein in vielen Konfessionen gespaltenes Christentum Chancen.

Es ist erstaunlich, daß man so lange das flehentliche Gebet des Herrn um die Einheit seiner Gläubigen, das Gebet am Vorabend seines Todes, so leicht genommen hat. Wenn man daran denkt, empfindet man diese Gebetsintention geradezu als einen Schauer des Heiligen Geistes, der über Rom dahingebraust ist.

Um die Zukunft Neuguineas

Die Auseinandersetzung zwischen Indonesien und den Niederlanden über West-Neuguinea, die nun schon fast 13 Jahre dauert und in den letzten Monaten die Gefahr eines Krieges nahe rückte, hat das Interesse der Weltöffentlichkeit in bisher nie erlebtem Maße auf die zweitgrößte Insel der Welt gelenkt, deren Flächenraum (samt den dazu gehörigen kleineren Inseln) den der Bundesrepublik, Frankreichs und der Benelux-Staaten zusammen um etwa 25 000 qkm übertrifft. Während aber die genannten westeuropäischen Länder insgesamt etwa 120 Millionen Einwohner zählen, wird Neuguinea nur von rund 2,6 Millionen Menschen bewohnt. Diese Zahl ist ein Schätzungswert, da das schwer zugängliche Innere des durch einen gewaltigen und zerklüfteten Gebirgszug quer geteilten Landes noch immer nicht restlos erforscht ist.

Während die wirtschaftliche Bedeutung Neuguineas, das zu sehr hohen Prozenten Sumpfland (an der Westküste) und Urwaldgebiet (im Innern) ist, schon allein deshalb umstritten ist, weil die Bodenschätze noch kaum erforscht sind und ihre etwaige Ausbeutung gewaltige Investitionen forderte, hat schon der zweite Weltkrieg seine hohe strategische Bedeutung mitten zwischen Indischem und Pazifischem Ozean und als Bindeglied zwischen Südostasien und Australien gezeigt. Vor 20 Jahren setzten sich dort die Japaner fest, und sie wurden zwei Jahre später (1944) durch die Amerikaner vertrieben, die nach einer Feuerbereitung durch mehr als 200 Kriegsschiffe in Holländisch-Westguinea unweit der Hauptstadt Hollandia landeten und durch blitzschnelle Zerstörung der japanischen Flugplätze das Schicksal der Japaner besiegelten. Im Zeit-

alter globaler Strategie der beiden Weltmächte, raumüberwindender Waffentechnik und Verkehrsmittel ist die militärische Bedeutung des ganzen Gebietes der Inselwelt zwischen den beiden großen Ozeanen noch gewachsen. Man versteht, warum die auf dem südostasiatischen Festland von Hinterindien bis Korea, ferner in Formosa und selbst Japan engagierten US-Amerikaner unter allen Umständen sich den Rücken frei halten wollen und so die Holländer im Streit mit Indonesien zum Nachgeben drängen, sehr zum Leidwesen eben dieser Holländer, mit denen sie in der Nato verbündet sind, aber auch der mit ihnen in der Seato verbündeten Australier, die mit schwerer Beklemmung die voraussichtliche Festsetzung Indonesiens in Neuguinea sehen. Ein kommunistenfreundliches Indonesien würde ja dem kommunistischen Block die Chance geben, sich an der Berührungsstelle zwischen Asien und Australien einzunisten. Man versteht auch, warum Sowjetrußland Indonesiens Kriegsmacht für einen Angriffskrieg auf Neuguinea ausrüstet und warum die Chinesen schon erfahrene Dschungelkämpfer für den Fall des Krieges gegen Holland zugesagt haben.

Die gespannte politische Situation hat Berichterstatter der großen Presse aus der ganzen Welt nach Neuguinea geführt. Sie beschränken ihren Besuch oft auf das holländische Gebiet und lassen sich dort erzählen, wie es im übrigen Neuguinea (dem von Australien verwalteten und ehemals deutschen Treuhandgebiet der UN und dem heute australischen Papua, die beide der gleichen Gesamtadministration unterstehen) aussieht. Um ein vollständiges Bild der Situation zu gewinnen, müßten sie alle drei Zonen besuchen: Niederländisch-Neuguinea (416 000 qkm und 750 000 Einwohner), Treuhand-Neuguinea (241 000 qkm und 1 375 000 Einwohner) und Papua (234 000 qkm und 480 000 Einwohner), weil sie völkisch zusammengehören und überall die gleichen großen Probleme bestehen: Menschen, die bis in unsere Tage hinein großenteils außerhalb der Berührung mit der westlichen (technischen) Zivilisation lebten, fähig zu machen, mit einem Sprung eine Entwicklung zu vollziehen, für die unsere abendländische Menschheit tatsächlich ein paar Jahrtausende brauchte. Die Völker des inneren Neuguinea befinden sich in einem Zustand primitiver Kultur, der unvergleichlich schärfer ausgeprägt ist als jener im schwarzen Afrika, als es seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts erstmalig von Europäern durchforscht wurde. Von der Küstenbevölkerung isoliert, voneinander durch zerklüftete Gebirge in Hochtälern getrennt, blieben sie kulturell ohne jede Anregung von außen und verharrten nach kurzer Entwicklung auf einer Kulturstufe, die man mit jener der jüngeren Steinzeit vergleicht. Aber ihre Intelligenz, ihr Lerneifer und ihre initiativen Fähigkeiten werden von Verwaltungsbeamten und Missionaren einstimmig bejaht, und manche glauben, daß die volkreichen Stämme des Innern, mit denen Goldsucher und Missionare kurz vor Beginn des zweiten Weltkrieges erste Kontakte fanden, einmal die dominierende Schicht im Lande werden.

Die Begegnung mit der westlichen Zivilisation

Von der Küstenbevölkerung, die nun schon seit vielen Jahrzehnten in Berührung mit der westlichen Zivilisation lebt und sie zum Teil auch in der östlichen Ausgabe (japanische Invasion mit modernen Waffen) kennenlernte, kann man nun nicht sagen, daß sie noch in der jüngeren

Steinzeit lebe. Für die Papua im ehemaligen Deutsch-Neuguinea war beispielsweise diese Periode schon 1884 vorbei, als die ersten deutschen Kolonisten für Buschmesser, Beile und an Stielen (nach Art einer Streitaxt) befestigte Hobeisen große Ländereien zur Anlage von Kokosplantagen erwarben und die Eingeborenen erst nach Jahren zu ihrem Schrecken bemerkten, daß es sich um Dauererwerb, nicht um eine Art Pacht gehandelt hatte. Beide Vertragspartner verstanden nichts vom Eigentumsrecht des anderen. — In den ersten Jahrzehnten der Kolonisation assimilierten die Papua innerhalb der schützenden Ordnungen, die vor allem die Missionen schufen, relativ ruhig die Elemente der neuen Welt, die auf sie einstürmte. Nebenbei bemerkt, haben sich bis zum zweiten Weltkrieg eigentlich nur die Missionen um die geistig-seelische Entwicklung der Bewohner bemüht. Der Drang der männlichen Jugend zu den Arbeitszentren der Weißen, wo die Einheimischen in Compounds gesammelt wurden, brachte schon damals störende Einflüsse in das Erziehungsprogramm der Missionen, erst recht die Entdeckung der Goldfelder in Australisch-Neuguinea. Tausende junger Leute wurden von skrupellosen Werbern zum Goldschürfen in die Berge geschleppt, wo man sie ausnutzte. Viele gingen durch Überanstrengung und Krankheiten zugrunde. Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges trat die Entwicklung in ein neues Stadium. Der rätselhafte Reichtum des weißen Mannes hatte Denken und Phantasie der Einheimischen von Anfang an beschäftigt. Die Begegnung mit der technisierten Welt der Amerikaner im zweiten Weltkrieg brachte ihr ganzes Weltbild zum Einsturz. Mehr noch: als sie die riesige Ansammlung von Gütern, Geräten, Maschinen, Lebensmitteln sahen, die aus den Bäuchen der großen Transportschiffe herausbefördert und in Magazinen gestapelt wurden, konnten sie sich die unermessliche Macht der Weißen nur durch die Inanspruchnahme geheimnisvoller Kräfte erklären. Wollte man möglichst schnell und ebenso reich und mächtig werden wie die Amerikaner — und dieser Wunsch ist heute bis in die entferntesten Dörfer der von der Zivilisation erfaßten Gebiete zum Willen geworden —, so mußte man Verbindung mit diesen Geheimkräften suchen, die offenbar die verstorbenen Ahnen der Kanaken waren. Diese hatten die Güter für sie selbst bestimmt. Aber die Weißen hatten sie unterschlagen und für sich in Anspruch genommen. Auf der Suche nach den magischen Mitteln, mit denen die Weißen in Verbindung zu den Ahnen traten, entdeckte man auch, daß die englische Sprache offenbar Zauberkraft besaß. Deshalb das Bestreben, sich möglichst viel von dieser Sprache anzueignen. So entstand der sog. Cargo- oder Frachten-Kult, der im Bereich des Stillen Ozeans (so auf Neuguinea, im zum australischen Verwaltungsbereich gehörigen Bismarck-Archipel, auf den teilweise von Australien verwalteten Salomonen, auf den Fidschi-Inseln, den Neuen Hebriden) weite Verbreitung fand. Er ist auch in den Bereich bzw. Bestand der evangelischen und katholischen Missionen eingedrungen und hat dort bisweilen synkretistischen Charakter angenommen. Wie Berichte aus der katholischen Mission in Neubritannien und aus den Missionen beider Konfessionen im nördlichen Teil Neuguineas zeigen, lebt er heute noch bzw. flackert immer wieder auf, und zwar in den verschiedensten Formen. In Neubritannien entstanden im Jahre 1960 ein „Unterseeboot“- und ein „Hubschrauber“-Kult, benannt nach den Transportmitteln, deren sich die

Ahnen vorgeblich bedienten, um die (von den Weißen abgefangenen) Ahnengeschenke zu überbringen. Bisweilen erklären die Führer dieser Kulte, von den Ahnen die Mitteilug erhalten zu haben, daß eine für die Kanaken bestimmte Schiffsladung ankomme. Alles strömt dann zur Küste und stellt Töpfe und Kisten auf, in der Erwartung, daß die Ahnen sie mit Geld füllen, und so fort. In Numa (am Sepik) sind nach einem Bericht des Steyler Missionars P. Aufenanger „die Leute richtig wild, einen Flugplatz anzulegen. Sie glauben fest daran, die Ahnen würden mit Flugzeugen landen und Geschenke bringen.“ In einem anderen Dorf der Mission versuchten einige Christen, ihren Taufcharakter mit Sepik-Wasser wegzuwaschen, offenbar, weil sie glaubten, daß die von Europa gebrachte Religion ein Hindernis für den Kontakt mit den geschenkfreudigen Ahnen sei. Es bedarf keiner Erwähnung, daß alle diese Kulte zwangsläufig einen weißenfeindlichen Charakter annehmen. Sind doch die Weißen hier als Betrüger gebrandmarkt.

Wie schwer sich die Papua des Inlandes in die Welt der technischen Zivilisation einleben, zeigt ein Beispiel, das wir der Festschrift der Neuendettelsauer Mission „75 Jahre Neuguinea-Mission“ (1961) entnehmen: „Die Bewohner eines entlegenen Dorfes haben im nahen Wald ein Haus im üblichen Stil erbaut. Zutritt aber haben nur ausgewählte Männer, denn sie allein sind in das Vorhaben (der magischen Erwerbung von Werten der Weißen) eingeweiht und besitzen die dafür erforderlichen Fähigkeiten. Zu ihnen gehört der Lehrer des Dorfes und ein junger Bursche, der sich im Dienste der Weißen geringe Kenntnisse in der englischen Sprache erworben hat. Beim Betreten des Hauses fällt auf, daß von Wand zu Wand Schnüre gezogen wurden, an denen kastanienartige Baumfrüchte in Hunderterreihen hängen. Wer um die magischen Gedankengänge der Papua weiß, erkennt un schwer die Zusammenhänge. Jede Frucht stellt einen Schilling oder auch eine Pfundnote dar. Die Zahl der angebrachten Reihen ergibt, mit hundert vervielfältigt, jene Summe, die man auf magischem Wege einzuheimen gedenkt. Der Lehrer ist Sachverständiger der Rechenkunst und damit Besitzer des Geheimnisses der Zahlen. Der ‚Kenner‘ der englischen Sprache ist für die Prozedur notwendig, weil Englisch zum Geheimnis der Weißen führt. Zahlen und englische Sprache werden also als magisch wirkende Medien verstanden und verwendet. Und die Gesamtidee? Man hat sich ein Geldinstitut, eine ‚Bank‘ eingerichtet. Man weiß ja, daß die Weißen solche Institute haben, in denen das Geld sich ‚vermehrt‘, ‚Junge bekommt‘.“

Der Gedanke, daß nur Arbeit Werte schafft, ist in Neuguinea noch weithin unbekannt. Nur da, wo Fabriken und sonstige technische Anlagen der Weißen bestehen, erkennt die Bevölkerung langsam, daß die Güter, die angeblich von den Ahnen kommen, von den Weißen selbst produziert werden und daß sie selbst auf die gleiche Weise einmal Werte schaffen können und sollen. Solange diese Erkenntnis nicht vorhanden ist, bleibt es schwer, die Papua zu beharrlicher Arbeit zwecks Erreichung eines höheren Lebensstandards anzuhalten. Es sind vor allem die Missionen, die das mühselige Werk begonnen haben, den Einheimischen in Handwerker- und Landwirtschaftsschulen Arbeitsethos und Einsicht in wirtschaftliche Zusammenhänge zu vermitteln.

Hinsichtlich der ihnen zur Verfügung gestellten Hilfs-

mittel und Güter der westlichen Zivilisation glauben die unentwickelten Papua, daß man sie ihnen ohne jede Gegenleistung zur Verfügung stellt. Sie werden, so bemerkte der Administrator von Australisch-Neuguinea, Sir Donald Cleland, auf der 7. Konferenz der Verwaltung mit den Missionen (16. Oktober 1961) entschuldigend, zu dieser Auffassung durch die Beobachtung verführt, daß die Regierung und die Missionen alles tun, um ihnen unentgeltlich Bildungsmöglichkeiten und Hilfe auf dem Gebiete des Gesundheitswesens zu leisten, und daß in akuten Notfällen aller Art die Hilfen sich steigern. „Aber“, so fuhr der höchste Beamte des Gebietes fort, „wir würden sicherlich unser eigenes Vorhaben zunichte machen, wenn wir den Einheimischen nicht ständig klar machen, daß sie auf dem Wege des Fortschritts nicht schneller fortschreiten, wenn sie Hilfe annehmen und nichts tun, sondern nur, wenn sie lernen, sich selbst zu helfen... Eine der großen Wahrheiten, die die Einheimischen zu lernen haben, ist die biblische Lehre, daß man erntet, wie man gesät hat. Mit anderen Worten: der Ertrag, den sie empfangen, gibt die Anstrengungen wieder, die sie zur Erreichung ihrer Ziele machen. In den meisten Fällen arbeiten die Einheimischen zur Aufrechterhaltung eines primitiven Lebensstandards nicht sehr viel. Ich habe mir sagen lassen, daß wenige Einheimische mehr als durchschnittlich acht Stunden in der Woche wirklich arbeiten. Aber die Australier, die all das Geld zur Verwaltung des Territoriums aufbringen, leisten diese Arbeit täglich, wenigstens fünf Tage in der Woche, von der Jugend bis ins Alter hinein...“ (Ähnliches könnte man auch für Niederländisch-Neuguinea sagen, dessen Entwicklung die Niederlande seit dem Verlust Indonesiens mit aller Kraft fördern, und zwar nicht mit kolonialen Interessen, sondern zum Wohle der Einheimischen. Holland schießt seit Jahren etwa 100 Millionen DM pro Jahr für die Verwaltung Westguineas zu.)

Der Anteil der Missionen

Der australische Administrator wies in seiner Ansprache an die Vertreter der Missionen darauf hin, daß ein großer Teil der Entwicklungshilfe und der Anleitung der Einheimischen zur Mitwirkung an dem Aufbauplan bei den Missionen liege, die dabei die finanzielle Unterstützung der Regierung fänden. Seit 1946 tritt in Abständen von einigen Jahren, neuerdings alljährlich, die Konferenz der Verwaltung mit den Missionen zusammen. Ursprünglich sollten dabei die Missionen jeweils mit den entwicklungspolitischen Maßnahmen der Regierung vertraut gemacht werden. Die Zusammenkünfte entwickelten sich aber zu einer Einrichtung lebhaften Gedankenaustausches, bei dem die Missionen der Verwaltung auch Vorschläge unterbreiteten. So kam es zu einer Art Partnerschaft auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe. Die Missionen leiteten in Australisch-Neuguinea im Jahre 1960 3116 staatlich anerkannte und subventionierte Schulen mit 4262 Lehrern und 162 000 Schülern. Auch der Mädchenbildung schenkt man immer mehr Aufmerksamkeit. Wie in Afrika gibt es auch in Neuguinea starke Widerstände gegen die Einschulung von Mädchen, da die Stammesverbände wegen der Arbeitsfunktionen der Frauen auf die restlose Erfassung der weiblichen Arbeitskraft nicht verzichten wollen. In dem erst vor ein paar Jahren erschlossenen Baliem-Hochtale in Niederländisch-Neuguinea kam es noch in den letzten Monaten aus diesem Grunde zu einem Aufstand der Einheimischen, der nur durch eine Polizeiaktion im

Gebiet der dortigen katholischen Missionen gebrochen werden konnte. In Australisch-Neuguinea unterstützt der Staat nach Angaben des Administrators auch 149 ärztliche Institutionen der Missionen. Beim Rückblick auf die Leistungen der Missionen, die angesichts der erst im Anfang befindlichen Entwicklung wirklich imponierend sind, wies Sir Cleland darauf hin, daß die Missionare auf ihrem speziellen Arbeitsfeld die überaus große Verantwortung hätten, den Einheimischen geistige Werte zu vermitteln, auf denen sie ihr neues Leben (d. h. das Leben in der unaufhaltsam eindringenden westlichen Zivilisation) aufbauen könnten. „Wir wollen uns“, sagte er, „ganz klar über unsere Ziele sein. Politische und wirtschaftliche Werte sind gewiß außerordentlich wichtig, aber vor und über allen anderen Werten stehen die sittlichen Grundsätze. Moralprinzipien sind gleich einem Kompaß, der uns die rechte Richtung weist, wenn wir bisweilen nicht sicher sind, welchen Kurs wir steuern sollen.“

Nun befinden sich die Missionen hier in einer nicht beneidenswerten Lage. Schon rein äußerlich gesehen, setzt sie die klar erkennliche Partnerschaft mit der Regierung im Bildungs- und Gesundheitssektor, bei der die Missionen an die staatlichen Richtlinien gebunden sind, der Gefahr aus, daß Mißstimmung und Unzufriedenheit sich gegen beide weiße Partner richtet. Zu solcher Unzufriedenheit gibt es immer Anlässe. Die Einheimischen sehen die Notwendigkeit vieler Maßnahmen, die die Änderung ihrer Gesellschaftsstruktur betreffen, namentlich in den schon leicht von der Zivilisation des Westens berührten Gebieten, nicht immer ein. Die weißen Siedler, Unternehmer und Funktionäre in den küstennahen Gebieten geben nicht immer das beste Beispiel. Ihre soziale Haltung läßt zu wünschen übrig, und es hat seitens der Kanaken in Nordost-Neuguinea schon Proteste gegen Rassendiskriminierung gegeben, eine Erscheinung, von der Niederländisch-Neuguinea bisher verschont blieb. Während die Vereinigten lutherischen Kirchen Neuguineas, in die die deutschen lutherischen Missionen aufgegangen sind, wegen des Fehlens einer hierarchischen Struktur das einheimische Element schon sehr früh zur Leitung der Gemeinden ansetzen konnten, dominiert in der Führung der katholischen Mission trotz der Ausbildung einheimischer Katechisten noch absolut das weiße Element. In Niederländisch-Neuguinea gibt es unseres Wissens vorerst weder einheimische Priester noch einheimische Priesterkandidaten der obersten Seminarkurse. In Australisch-Neuguinea konnte man bisher einige wenige Seminaristen nach Neubritannien in das Seminar der Herz-Jesu-Missionare senden, aus dem schon ein paar einheimische Priester hervorgegangen sind. Jetzt wird für elf Apostolische Vikariate dieses großen Gebietes ein Zentralseminar errichtet, und die Steyler Missionare haben eigens von den Salomonen einen einheimischen Priester geholt, der für Berufe werben und den jungen Papua in den Schulen zeigen soll, daß auch Kanaken Priester werden können und daß auch für Neuguinea die einheimische Kirche das Ziel ist. Bei den Anforderungen, die an das katholische Priestertum gestellt werden, konnte die Mission angesichts des kulturellen Rückstandes der Bevölkerung und des Umbruchs der ganzen Sozialstruktur, der durch den Einbruch der westlichen Zivilisation eingeleitet wurde, nicht anders vorgehen. Man kommt hier nur zu einem gerechten Urteil, wenn man die Neuguineamission mit den Pioniermissionen Afrikas um die Mitte des vorigen Jahrhunderts vergleicht. Jedoch lastete auf den Afrika-

missionen jener Zeit hinsichtlich der Heranbildung einheimischer Priester nicht der ungesunde Zeitdruck, der heute die Neuguineamission bedrängt. Neuguinea wird erst in etwa 20 bis 30 Jahren fähig sein, seine Geschicke in den Formen eines modernen Staates in eigene Hände zu nehmen. Erst dann wird man auch seitens der Kirche dem Lande eine einheimische Hierarchie präsentieren können. Bei einer durch äußere Einwirkungen erzwungenen vorschnellen Selbständigkeitserklärung, begleitet von einem inzwischen herangezüchteten Nationalismus, stände auf jeden Fall eine weitgehend von Ausländern geleitete Kirche in einem Staate der Papua und Melanesier.

Dies ist die äußere Seite der Lage der Kirche. Hinsichtlich der Führung der Seelen ist zunächst zu beachten, daß die Missionen im eben erst erschlossenen Innern Neuguineas gar nicht anders handeln können, als den Versuch zu machen, auf den urchümlichen Lebensordnungen, soweit sie gesund sind, christliches Leben aufzubauen, obwohl sie wissen, daß die eindringende westliche Zivilisation diese alten Lebensordnungen zwangsläufig zerstören wird. Da vieles in dem überkommenen Brauchtum und in den sittlichen Anschauungen dieser Primitiven vom Christentum nicht akzeptiert werden kann, da die Missionen ferner an die Richtlinien der Verwaltung gebunden sind, die schon aus politischen Gründen (Bindung der Gebiete an die westliche Kultur) auf die Verbreitung der westlichen Bildung abgestellt wurden, sind hier einer oft wünschenswerten stärkeren Akkommodation enge Grenzen gezogen. Schließlich bringen die in Australien missionierenden christlichen Kirchen des Westens ein Gepäck spezifisch westlicher Denkformen und Ordnungsvorstellungen mit, dessen sie sich nicht ganz bewußt sind und deshalb auch vor allem in jeglicher Art von Unterricht nicht ohne starke Reflexion entledigen können. Ein Steyler Missionar, der anscheinend den systematischen Katechismus seinem ersten Unterricht an Katechumenen zugrunde legte, schrieb in seine Heimat, er möchte am liebsten das Büchlein von innen nach außen drehen, wisse aber nicht, wie er es machen solle: „Fragen und Antworten sind zu abstrakt, zu unwirklich für die Kanaken. So kann man ihnen keine neue Lebensweise klarmachen und keine neue Weltanschauung bringen... Wir Missionare brauchen viel Einsicht, um die richtige Art zu entdecken, wie wir diesen Menschen Christus predigen können“ (Steyler Missionschronik 1959, S. 46). Gewisse schmerzliche Erfahrungen in Afrika haben auch in Neuguinea zu der Frage angeregt, wie weit die christliche Unterweisung die seelischen Tiefen erreicht. Nicht nur in der profanen Neuguinea-Literatur, vielmehr auch im Missionsschrifttum begegnet man heute Äußerungen wie jener: „Was die Papua wirklich denken, weiß kein Europäer.“ Wenn es die alterfahrenen Missionare nicht wissen, die in täglichem Kontakt mit den Einheimischen leben, so erst recht nicht die aus Distanz regierenden Verwaltungsbeamten, noch weniger jene Journalisten, die mit dem Flugzeug ankommen, in den Verwaltungszentren von den Behörden bei einem Essen informiert werden, einige Hubschrauber-Blitzbesuche bei den „Primitiven“ im Innern machen und dann Millionen von Lesern selbstsichere Lageberichte übermitteln. Neuguinea wird zur Zeit nicht nur von Journalisten überschwemmt, sondern auch von Anthropologen, Ethnologen, Sammlern von Gegenständen primitiver Kunst und Globetrottern. Die ernste Wissenschaft möge diese Zusammenstellung ent-

schuldigen. Leider wird man dazu genötigt, weil unter dem Namen anthropologischer Forschung Elemente in Neuguinea auftreten, die weder wissenschaftliche Qualifikation haben, noch sich Zeit zu gründlicher Forschung lassen, noch den erforderlichen Takt bei der Annäherung an die Bevölkerung zeigen. Die Verwaltungen sind durch diese Invasionen beunruhigt, weil sie die Einheimischen beunruhigen. Die Berichte solcher Expeditionen — man kann augenblicklich so interessant über Neuguinea schreiben — werden dann von Journalisten entsprechend aufgemacht und den Lesern der Massenillustrierten vorgelegt. Eine wirkliche Information können sie aber nicht bieten.

In den schon „pazifizierten“ Gebieten geht der Prozeß der äußeren Übernahme der westlichen Zivilisation nicht zuletzt deshalb unaufhaltsam weiter, weil die Einheimischen selbst die Entwicklung vorantreiben. Die Gründe für dieses intensive Streben wurden schon oben bei der Darstellung des Cargo-Kultes angedeutet. Bei der Aneignung der neuen Zivilisation auf dem Untergrund einer noch recht lebendigen urchümlichen religiös-sozialen Vorstellungswelt verlieren manche Kanaken das seelische Gleichgewicht. Ein besonderes Problem stellen in dieser Hinsicht die „Compounds“ der Einheimischen an den Wirtschaftszentren Australisch-Neuguineas dar, die zu einem Seelsorgsanliegen beider christlicher Konfessionen geworden sind, zumal sich dort sehr viele Christen befinden. Das Problem der Freizeitgestaltung für die Einheimischen an den Weißenzentren ist zum Leidwesen der Missionare von den Administratoren nicht in seiner ganzen Schärfe gesehen worden. Zwar gibt es eine Filmzensur, aber sie kann nicht verhindern, daß die gezeigten amerikanischen Filme oft unvorhergesehene Rückwirkungen auf den Geisteszustand der Kanaken haben. Berauscher Alkohol darf an die Einheimischen nicht verabreicht werden. Es wird ihnen nur eine begrenzte Tagesration von Bier zugestanden. Aber Schmuggelalkohol wird in wachsendem Maße genossen. Da das Verbot berauscher Getränke von den Papua als Rassendiskriminierung empfunden wird, haben eine ganze Anzahl von Missionsgruppen seine Aufhebung verlangt. Die Gefahr des Alkoholismus, so argumentieren sie, sei ein kleineres Übel als das dauernde aufdringliche Beispiel von Rassendiskriminierung. Eine große Sorge für Mission und Verwaltung ist das öftere Aufflackern religiös-politischer Bewegungen mit altheidnischem Untergrund und weißenfeindlichen Tendenzen, die man zum Teil längst als erloschen betrachtet bzw. durch Verbot unwirksam gemacht zu haben glaubte. Sie dringen auch in das Gefüge der Missionen ein (sowohl in Neuguinea als im Bismarck-Archipel), wurden aber dort immer wieder ausgeschieden. Die Missionare haben, um noch einmal das Wort Sir Clelands auf der letzten Verbindungskonferenz mit den Missionen zu zitieren, „a tremendous responsibility“, wobei der Nachdruck auf „tremendous“ zu legen ist. Ihr Anteil an der Förderung der Einheimischen übertrifft noch immer die staatlichen Leistungen in beiden Teilen Neuguineas um ein Vielfaches.

Mission und Missionen

Ein großes Handicap für die Verbreitung der christlichen Botschaft ist die Vielzahl der christlichen Bekenntnisse. In den Gebieten der lutherischen (deutschen) Mission auf Neuguinea, die seinerzeit als erste (1886) im damaligen Kaiser-Wilhelms-Land erschien, neun Jahre später von der

Steyler Mission gefolgt, sind heute allein 15 evangelische Kirchen und Sekten tätig. Alle erklären, den wahren Glauben zu bringen. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, wenigstens eine örtliche Konkurrenz der verschiedenen Missionen zu vermeiden, indem man gegenseitige Interessensphären vereinbarte. Dies war im Anfang bei der Größe des Landes leicht möglich. Grundsatzvereinbarungen dieser Art, die von den Lutheranern den Katholiken vorgeschlagen wurden, hat Rom indes nicht gebilligt, und als auf der Konferenz der Vertreter aller Missionen mit der Verwaltung zu Port Moresby (1947) der Plan vorgelegt wurde, das Inland in Interessensphären aufzuteilen, stimmten Katholiken, Anglikaner und Adventisten dagegen. Immerhin wurde durch ein Gentleman's Agreement erreicht, daß z. B. im lutherischen Morobebezirk keine katholische Mission errichtet wurde, während sich am Sepikflusse im Bereich der katholischen Mission kaum protestantische Gesellschaften betätigen. Auch im Bismarck-Archipel, wo die deutschen Missionare vom Hl. Herzen Jesu (Hiltrup) ein bedeutendes Missionszentrum errichteten, haben die großen evangelischen Missionsgesellschaften auf eigene Niederlassungen weitgehend verzichtet. Für Niederländisch-Neuguinea haben (nach KIPA, 22. 2. 61) auf einer Tagung im Haag Missionare beider Konfessionen „eine Teilung in katholische und protestantische Territorien beschlossen“, um der christlichen Mission nicht durch Konkurrenz in den Augen der Einheimischen zu schaden. Diese Teilung soll jedoch nicht für unerforschte Gebiete im Innern gelten. Es ist anzunehmen, daß es sich hier um eine Abmachung nicht grundsätzlicher Natur handelt, da die Propagandakongregation wegen des Universalitätsanspruches der Kirche einen rechtlichen Verzicht dieser Art nie geduldet hat.

Nach dem zweiten Weltkrieg tauchten nun kleinere und kleinste Missionsgesellschaften in großer Zahl auf, die nicht etwa unerschlossene Gebiete entwickelten, sondern sich mit Vorliebe unmittelbar neben den Kirchen der alten Missionen niederließen und diesen die Gläubigen abjagten. Man nennt dies in Neuguinea Wilddieberei (poaching): ein großes Ärgernis für die Heiden. Ein deutscher Beobachter (Laie) schrieb hierzu im Vorjahr: „Diese Gesellschaften sind die Kehrseite der Missionsmedaille. Sie verwirren die Gläubigen und lassen sie an der Gültigkeit der christlichen Botschaften zweifeln, die ihnen jeweils als die einzig richtige geboten wird. Das Erhabene wird hier lächerlich, und schon kommt es vor, daß Eingeborene die Rivalität der Missionen in einer Art Schaukelpolitik um geringer Vorteile willen ausnutzen. Die kleinen Gesellschaften bereiten auch der Verwaltung Kopfzerbrechen. Sie ist jedoch machtlos dagegen; denn die Vereinten Nationen haben Religionsfreiheit garantiert. Leider wird die Religionsfreiheit hier zur Abschlußfreiheit auf Seelenjagd degradiert.“

Über die zahlenmäßige Gesamtstärke der evangelischen Missionen in Neuguinea (Kirchen, Freikirchen, kirchlich nicht gebundene „Glaubens“-Missionen, Sekten usw.) lassen sich keine gültigen Zahlen geben. Die bedeutendste und angesehenste ist die „Evangelisch-lutherische Kirche von Neuguinea“, in der sich sämtliche lutherischen Missionen mit einer gemeinsamen Kirchenordnung zusammengefunden haben. Sie hatte im Jahre 1960 fast 230 000 Glieder. Die katholischen Missionen in Australisch-Neuguinea zählen, in elf Apostolischen Vikariaten und zwei Apostolischen Präfekturen zusammengefaßt, 319 000 Katholiken in einem Gebiet von etwa der vierfachen Größe

der Bundesrepublik, in dem sich nach Schätzung 1,9 Millionen Einwohner befinden. Drei der Bischöfe sind Deutsche (Msgr. Noser in Alexishafen, Msgr. Schilling in der Hochlandmission Goroka und Msgr. Scharmach in Rabaul). Der Missionsstab bestand 1961 aus 327 Priestern. Viel schwächer ist die Kirche in dem noch wenig erschlossenen Niederländisch-Neuguinea vertreten. Von den 750 000 Einwohnern sind 80 000 katholisch. Die drei Kirchensprengel (zwei Vikariate, eine Präfektur) zählen 108 Priester. Die Gesamtzahl der in ganz Neuguinea von den Katholiken unterhaltenen Schulen beläuft sich auf über 2000. Dabei sind auch sog. Buschschulen einberechnet.

Die Entwicklungspläne der Regierungen

Der Geist der Zeit verlangt, daß Neuguinea, obwohl es noch nicht einmal ganz erschlossen ist und ein erheblicher Teil seiner Bevölkerung infolge geographischer Gegebenheiten noch keinen Kontakt untereinander hat, geschweige denn zu einem Bewußtsein staatlicher Zusammengehörigkeit erwachen konnte, mit größter Beschleunigung zur Selbstregierung geführt werde, und zwar in den Formen, die der Zivilisationsstufe der Mitte des 20. Jahrhunderts entsprechen, während die Papua im Innern zum Teil noch auf der Zivilisationsstufe etwa der Jahre um 2000 vor Christus stehen. Ein solches Kunststück hätte keine Kolonisation in Afrika fertiggebracht. Für Neuguinea wird es aber gefordert.

Nur Indonesien weigert sich, unter Berufung auf die frühere Zugehörigkeit West-Neuguineas zum holländischen Kolonialreich, ein Selbstbestimmungsrecht der Papua dieses Gebietes anzuerkennen. Juridische Gründe kann es nicht geltend machen, da es 1949 im Überleitungsvertrag (Art. 2) anerkannte, daß dieses Land von der Souveränitätsübertragung ausgenommen sei. Indonesien vermag aber auf keinen Fall zu leugnen, daß West-Neuguinea ein Gebiet ist, das einer kostspieligen Aufbauarbeit bedarf. Praktisch müßte es das Entwicklungsprogramm der Holländer an der Stelle weiterführen, wo diese es beim Verlassen des Landes aufhören. Kommt es zu einem Krieg um West-Neuguinea, so wird sogar die begonnene Aufwärtsentwicklung zurückgeworfen, und das sich ständig am Rande des Staatsbankrotts bewegende Malaienreich müßte zu den Kriegskosten auch noch die ständigen Beihilfen leisten, die bisher Holland für die Entwicklung bereitstellte. Läßt es das Land verkommen, so wird die zielbewußte Entwicklungsarbeit der Australier im östlichen Teil wie ein Magnet auf die Papua in West-Neuguinea wirken. Der Separatismus müßte sich verstärken. Mit der Zeit entstände eine Irredenta am äußersten Ostende des langgestreckten Malaienstaates, die ebensoviel Sorgen machte wie etwa Nordsumatra am anderen Ende. Zweifellos würde das Erscheinen Indonesiens das bisherige Konzept der Australier stören, die seit gut zehn Jahren ihr Entwicklungsprogramm mit jenem der Holländer in wachsendem Maße abgestimmt hatten. Von der Überzeugung ausgehend, daß Neuguinea, dessen Bewohner der überwältigenden Mehrzahl nach Papua und Melanesier sind, nur als eine politische, kulturelle und wirtschaftliche Einheit gedeihen könnte, planten sie das Zusammenwachsen der beiden, bisher durch eine künstliche, fast wie mit dem Lineal gezogene „Kolonial“-Grenze getrennten Teile. Das so entstehende einheitlich regierte Land glauben sie zur Zusammenarbeit mit Australien bewegen zu können. Damit wäre dann nach den Vorstellungen der Australier eine Art Barriere gegen das Eindringen der

Südost-Asiaten in das menschenarme Australien geschaffen. Eine Festsetzung Indonesiens in Neuguinea beunruhigt die australische Öffentlichkeit besonders wegen der Gefahr der kommunistischen Infiltration, da Indonesien stark kommunistisch durchsetzt ist. Diese Gefahr kann nur abgewandt werden, wenn das östliche Neuguinea moralisch gegen die kommunistische Ideologie gewappnet wird und sozial-wirtschaftlich eine so gesunde Entwicklung nimmt, daß sie von den Zuständen in dem von Indonesien besetzten Teil sehr sichtbar sich abhebt. Beide Bedingungen zu erfüllen, ist angesichts des Bildungstiefstandes der Papua und der ungünstigen Voraussetzungen für eine prosperierende Wirtschaft sicher nicht leicht.

Die Frage ist berechtigt, ob die Entwicklung Neuguineas heute nicht weiter vorgetrieben wäre, wenn die Niederlande und Australien sich schon früher mehr darum bemüht hätten. Die Holländer schlossen im Jahre 1828 West-Neuguinea ihrem indonesischen Besitz an, ließen es aber über 100 Jahre unberührt, weil es mit seiner negroiden Bevölkerung aus dem Rahmen des übrigen, von Malaien bewohnten Besitzes herausfiel, aber auch weil es wirtschaftlich nicht sehr wertvoll erschien. Erst 1932 wurde es ein eigener Verwaltungsbezirk, und erst beim drohenden Verlust Indonesiens wandte Holland Neuguinea erhöhte Aufmerksamkeit zu, zugleich (gegenüber den Aspirationen der Indonesier auf das Gebiet) sich für seine baldige Verselbständigung entscheidend. Erst hatte man das Jahr 1970 als Termin der Selbständigmachung vorgesehen, hat aber inzwischen einen früheren Termin in Aussicht genommen. Obwohl die Niederlande seit 1950 Erstaunliches für die Entwicklung des Landes taten, stehen ihre Maßnahmen doch unter Zeitdruck. So kann nur schwer etwas organisch wachsen.

Die Australier kamen 1884 fast zugleich mit den Deutschen nach Neuguinea. Beide besetzten das von den Holländern nicht beanspruchte Gebiet, die Deutschen den Norden (Kaiser-Wilhelms-Land), die Australier den Süden (Papua). Wenig später geriet auch der Bismarck-Archipel unter deutschen Einfluß. Im ersten Weltkrieg besetzten die Australier das deutsche Gebiet, das ihnen dann der Völkerbund als Mandat zusprach. Zwischen den beiden Kriegen hat Australien nicht viel für Neuguinea getan. Die Besetzung war kein Entwicklungs-, vielmehr ein Sicherheitsproblem. Erst die Ereignisse des zweiten Weltkrieges förderten den wachsenden Einsatz Australiens in der Entwicklung des bisher nur verwalteten Gebietes. Wenn sich Australien nun infolge der Weltlage zu einer Beschleunigung des Entwicklungsprogramms veranlaßt sieht, so muß es sich sagen, daß die Schwierigkeiten dieses Unternehmens geringer wären, wenn man schon von 1919 bis 1939 daran entschlossen gearbeitet hätte.

Das holländische Entwicklungsprogramm hat zum Grundgedanken die schnelle Heranbildung einer „dynamischen Elite“ in allen Sparten von Verwaltung, Wirtschaft, Gesundheitswesen usw. Die Australier wollten ursprünglich eine Entwicklung von unten nach oben durch gründliche Massenbildung in zwei bis drei Generationen, mußten aber dem schnellen Gang der weltpolitischen Entwicklung Rechnung tragen, begannen also nun auch von oben nach unten zu bauen, während die Niederlande ihr Bildungsprogramm verbreiterten. So haben sich beide Konzeptionen einander genähert.

Man hat kritisch die Tatsache herausgestellt, daß Australien in 60 Jahren noch keinen Papua-Akademiker hervorgebracht habe, während in Niederländisch-Neuguinea es

deren wenigstens einige gibt und ein paar Dutzend Papua in den Niederlanden die Universitäten besuchen. Der Vorwurf ist unberechtigt, zumal ja auch die katholische Mission erst ein paar einheimische Priester in letzter Zeit zur Weihe führen konnte. Jedenfalls gibt es zur Zeit mehrere hundert Papua an den Gymnasien Australisch-Neuguineas bzw. Australiens, die zum Teil sicher demnächst das Universitätsstudium beginnen können. In Port Moresby ist sogar eine Universität vorgesehen.

Als Grundlage eines späteren Parlaments haben die Holländer im Vorjahr in ihrem Bereich einen „Rat von Neuguinea“ geschaffen, der aus 22 Papua und sechs nicht-autochthonen Mitgliedern besteht. Es gibt dort auch schon Parteien (mehrere für die Selbständigkeit des Landes eintretende und eine pro-indonesische). Die Zukunft dieser Institutionen hängt natürlich von der politischen Zukunft des Landes ab, die sich bald entscheiden muß. Die Holländer in West-Neuguinea sehen dieser Zukunft ohne Optimismus entgegen.

In Australisch-Neuguinea baut man systematisch an einem System, das schrittweise von Verwaltungsstufe zu Verwaltungsstufe die Einheimischen in den fortgeschrittenen Gebieten zur Selbstverwaltung führen soll. In den Gesetzgebenden Rat von Papua-Neuguinea sind am 10. April 1961 sechs gewählte Papua-Abgeordnete und weitere sechs Einheimische eingezogen, die von der Regierung ernannt wurden. Von diesen zwölf Abgeordneten sind fünf katholisch.

Sprachenprobleme

Eine der größten Schwierigkeiten für die Bildung eines Gemeinschaftsgefühls aller Bewohner und für die Gestaltung eines modernen Staates ist in Neuguinea die Vielsprachigkeit. Nach jüngsten Veröffentlichungen des Linguisten Dr. S. A. Wurm von der Australischen Nationaluniversität zu Canberra gibt es dort mindestens 700, möglicherweise 1000 verschiedene Sprachen, die aber nach 25 Hauptsprachgruppen zusammengefaßt werden können. Innerhalb jeder Hauptsprachgruppe ist oft nach wenigen Wochen Unterricht das Erlernen einer zweiten Sprache möglich. Die Lutheraner haben sich diese Erkenntnis zunutze gemacht, indem sie für größere Bezirke Australisch-Neuguineas sog. „Kirchensprachen“ einführten, die von allen verstanden werden können. Es gibt nun in Neuguinea zwei größere Umgangssprachen, die sich abseits der einheimischen Sprachen entwickelt haben: in West-Neuguinea einen malaiischen Dialekt, in dem (in den küstennahen Zonen) auch der Grundschulunterricht erteilt wird, in Australisch-Neuguinea und im Bismarck-Archipel das Pidgin-Englisch, eine im ganzen Südseeraum verbreitete primitive Verständigungssprache der Küstenbevölkerung, in der sich Weiß und Farbige sowie eventuell die Farbigen selbst notdürftig verständigen. Diese „Handelsprache“ besteht zu 80 Prozent aus englischen Wörtern. Die übrigen Prozente werden aus papuanischen, chinesischen, deutschen und anderen Sprachelementen gebildet. Das Pidgin-Englisch hat etwa 1500 Begriffe rein konkreten Inhalts. Administration und Mission müssen damit arbeiten, besonders, wo sie es mit sprachlich gemischter Bevölkerung zu tun haben. Die Steyler Patres gaben u. a. ein Gesangbuch in Pidgin-Englisch heraus und die Missionare vom Hl. Herzen Jesu in Neubritannien katechetische Literatur. Auch die Evangelientexte sind von den christlichen Kirchen in dieser Sprache verbreitet worden. Die Australier wollten das Pidgin-Englisch als Grundsprache entwickeln, sind aber daran gescheitert. Man

entschloß sich dann, überall das Englische schon in den Volksschulen zu lehren und überhaupt alle Versuche aufzugeben, einheimische Sprachen auf größere Räume auszuweiten. Politische Anliegen der Regierung deckten sich hier mit Lebensnotwendigkeiten einer zusammenwachsenden Gesellschaft. Die Erlernung des Englischen schon in den Volksschulen bereitet natürlich große Schwierigkeiten, wenn nicht vorher ihre einheimische Sprache den Kindern grammatisch korrekt beigebracht wurde. Die katholische Mission glaubte aber den Sprachenplan der Regierung unterstützen zu müssen, wenn auch vorübergehend schulische und seelsorgliche Schwierigkeiten dabei entstehen. Die Protestanten bedauerten, daß ihre Kirchensprachen zum Tode verurteilt sein sollen, sahen aber schließlich die Notwendigkeit der Regierungsmaßnahmen ein. In Holländisch-Neuguinea hat man in Angleichung an den australischen Sprach-Entwicklungsplan für die Mittelschulen nun neben Holländisch auch Englisch eingeführt. Zur Zeit gibt es in Neuguinea zwei offizielle Staatssprachen: das Englische und das Holländische (je für Ost- und West-Neuguinea). Wenn Indonesien jetzt West-Neuguinea erhält, wird dort das Indonesische zwangsläufig zur Staatssprache werden. Behalten die Holländer das Gebiet bis zu dem Augenblick, wo die Papua nach dem holländischen Plan selbst frei über ihr Schicksal durch Volksabstimmung entscheiden, so bliebe beim Entscheid für Selbständigkeit im Rahmen der bestehenden Grenzen dem neuen Staat die Entscheidung über die Staatssprache überlassen. Würde sich das Volk für den Zusammenschluß mit Ost-Neuguinea entscheiden, so wäre die Übernahme des Englischen wohl unausbleiblich. Entscheidet sich die Bevölkerung für den Anschluß an Indonesien, so könnte sie nicht umhin, die Staatssprache dieses Landes zu übernehmen.

Kirche und Islam in Afrika Zu den Ländern, die der christlichen Mission der Neuzeit bis heute weitgehend verschlossen geblieben sind, gehören besonders solche, deren gesellschaftliche und staatliche Ordnungen vom Islam geprägt worden sind. Dies gilt für fast alle muslimischen Staaten des Nahen Ostens, die Türkei trotz der umfassenden Reformen in den zwanziger Jahren eingeschlossen. Aber auch die jungen Staaten mit überwiegend mohammedanischer Bevölkerung, wie Marokko oder Pakistan, öffnen sich nur zögernd der christlichen Mission. Sich öffnen und sich verschließen sind in diesem Zusammenhang im ursprünglichen wie übertragenen Sinn zu verstehen. Denn auch in muslimischen Ländern, in denen der Mission auf Grund der Verfassung ein gewisser Aktionsraum gewährt ist, bleibt die Bemühung der Glaubensboten — menschlich betrachtet — weitgehend ohne Ergebnis, weil die Widerstände gegen das Christentum in seit langem islamisch geprägten Gesellschaften fast unüberwindlich sind: die Begegnung zwischen Christentum und Islam findet hier — auf breiter Basis — nicht statt.

Anders ist die Lage in Afrika. Hier verfügen sowohl der Islam wie die christlichen Kirchen über breite Gefolgschaften, besonders in Ostafrika, aber auch in den ehemaligen französischen Gebieten. Zum Unterschied gegenüber den nordafrikanischen und vorderorientalischen Staaten stehen die jungen Staaten Schwarzafrikas alle in der ersten Phase ihrer politischen und — was wichtiger ist — auch ihrer gesellschaftlichen Entwicklung. Die Aufgaben, die diesen Völkern gestellt sind, solche der wirt-

schaftlichen, sozialen und kulturellen Integration, stellen sich Christen, Moslems und Heiden in gleicher Weise. Ebenfalls trifft die Bedrohung, der sie ausgesetzt sind: politische Instabilität, wirtschaftlicher Niedergang, Unrast und soziale Verfremdung, vor allem aber der Angriff des Kommunismus, gleichermaßen alle.

Es ist daher nicht verwunderlich, wenn schon seit längerem die afrikanischen katholischen Laieneliten sich nachdrücklich für eine Zusammenarbeit mit Muslimen in allen Sachfragen ausgesprochen haben und diese auch, besonders in Tanganjika und Senegal, zu praktizieren suchen. Die Bischöfe stehen diesem Verlangen nicht verständnislos gegenüber, sondern fördern es nachdrücklich, wie der Hirtenbrief der tanganjikanischen Bischöfe vom Jahre 1960 beweist (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 234).

Die Aufgeschlossenheit der Kirche gegenüber den berechtigten Interessen dieser Länder und der in ihnen beheimateten Völkergruppen und Religionen stellte unlängst — am 2. Februar 1962 — der neuernannte Internuntius in Senegal, Erzbischof Jean Maury, anlässlich seines Amtsantrittes erneut unter Beweis. Er sagte: „Für diese Nation, die ihre Unabhängigkeit in so glücklicher Weise erlangt hat und in der Christen und Muslimen gemeinsam den Staat aufbauen müssen, ist die Tatsache von Bedeutung, daß sowohl die Regierung wie auch das von ihr vertretene Volk bestrebt sind, geistigen Werten, das heißt Gott und seiner Herrschaft, den ersten und wichtigsten Platz einzuräumen.“ Msgr. Maury sprach im Verlauf seiner Ansprache ausdrücklich von den authentischen afrikanischen Werten, aus denen die sozialen und wirtschaftlichen Initiativen, vom besten Humanismus inspiriert, hervorgehen müßten; er beschloß seine Botschaft mit einem nochmaligen Hinweis auf die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen den „geistig-religiösen Familien“ und dem Staat.

Der Brief Bischof Plumey's

Die bis jetzt bemerkenswerteste, geradezu revolutionär anmutende Stellungnahme zum Verhältnis Katholiken und Muslimen in Schwarzafrika stammt vom Bischof der Diözese Garoua in Nordkamerun, Yves Plumey. In seiner Weihnachtsbotschaft 1961 richtete der Bischof einen Appell an „alle seine Söhne, aber ganz besonders an die Söhne des Islams in Nordkamerun“. Er kenne ihre große Zahl, ihre religiösen Traditionen, ihren Glauben und ihre Gebetspraxis, die eindrucksvoll seien. In dem Brief heißt es dann weiter: „Weihnachten, das große Friedensfest, ist für uns Christen Anlaß, um den Mohammedanern in aller Aufrichtigkeit unsere innersten Gedanken deutlich zu machen. Das erhabene, Christen wie Muslimen ursprünglich gemeinsame Gut muß allen Ungeist überwinden, besonders aber den Haß, den man hier und da antrifft, der jedoch in den Herzen derjenigen, die an Gott glauben und ihn im Glauben und in der Liebe anbeten, keinen Platz haben darf.“ Der Bischof nennt dann einige wesentliche Punkte, die Christentum und Islam gemeinsam sind; derselbe Ursprung: Abraham, der Vater der Gläubigen; dieselbe Berufung: vor einer Welt, die sich von Gott abwendet und im Menschen ausschließlich das Ziel erblickt, Gott zu bezeugen; dasselbe menschliche Ideal: die Menschen zum ewigen Leben zu führen. Er erinnert ferner daran, daß in letzter Zeit einige muslimische Persönlichkeiten nicht gezögert haben, Christen und Muslimen zu einer gemeinsamen Offensive gegen den

Atheismus aufzufordern. Bischof Plumey begrüßt diesen Schritt. Er sagt: „Es ist wichtig, daß wir im Augenblick, da die modernen afrikanischen Staaten sich etablieren, über Unterschiedlichkeiten in der Religion — wie auch in der Rasse — erhaben sind. Eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Christen und Muslimen ist notwendig im Interesse des Gemeinwohls des ganzen Landes . . . Ungeachtet der Unterschiede von Dogma und Glaubenspraxis predigen der Islam und das Christentum die gleichen Tugenden und verfolgen dasselbe Ziel. Das große Gebot des Christentums heißt Gott über alles lieben und den Nächsten, das heißt den anderen, wie sich selbst. Und Mohammed hat gesagt: Niemand von euch wird gläubig sein, wenn er seinen Bruder nicht liebt, wie er sich selbst liebt. Im Kampf gegen die atheistische Zivilisation ist es das Ziel von Islam und Christentum, den Willen Gottes zu verwirklichen. Um diesen Willen Gottes zu erfüllen und das himmlische Glück zu erwerben, müssen wir auf Erden die Brüderlichkeit unter den Menschen verwirklichen, indem wir die Gerechtigkeit und das Recht für alle ohne Ausnahme respektieren. Die Kultur des 20. Jahrhunderts würde einen nicht wiedergutzumachenden Verlust erleiden, wenn sie nur aus einer Ansammlung von technischen Errungenschaften bestünde. Der vollkommene Mensch muß in Harmonie mit der Natur und mit Gott leben. Die Kraft, die in der Gläubigkeit des Islams und dem Glauben der Christen enthalten ist, muß im Dienste dieses hohen Zieles stehen.“

Fügen wir schließlich hinzu, daß zu den religiösen, ethischen und humanitären Gründen, die zugunsten einer ehrlichen Zusammenarbeit zwischen Christen und Muslimen geltend gemacht werden können, für Afrika noch ein politischer Grund hinzu kommt: Unter Politik verstehen wir die höchste menschliche Kunst, Menschen zu führen und den Staat zu regieren. Die Religion ist der erhabenste Aspekt der menschlichen Kultur: Von einer Nation kann nicht die Rede sein, wenn die gemeinsame Seele fehlt. Das Evangelium sagt uns: ‚Sucht zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit, und alles andere wird euch dazugegeben werden.‘ Im Koran steht geschrieben: ‚Gott bessert die Lage eines Volkes nicht, wenn nicht das Volk zuerst seine Seele bessert.‘“

Konkrete Zusammenarbeit

Welche Auswirkungen Beispiele solcher Offenheit von seiten der offiziellen Vertreter der Kirche gegenüber dem islamischen Glauben haben, kann ein Beispiel aus dem Senegal verdeutlichen.

Das senegalesische Radio hat bereits Ende Januar 1961 einen Aufruf gegen die Auswüchse der Mitgift gesendet, der vom katholischen Superior der Distrikte Baoi und Sine, P. Gravand, und vom Allgemeinen Kalifen der Mouriden, El Hadj Falilou M'Backe, unterzeichnet war. Der Aufruf der beiden Kirchenvorsteher wandte sich gegen die üblichen hohen Mitgiften, die vom Bräutigam und seiner Familie der Brautfamilie zu entrichten sind, wodurch allzuleicht der Eindruck eines Brautkaufes hervorgerufen wird. Der Aufruf hatte folgenden Wortlaut:

„Seit Monaten schon mehren sich die dringenden Mahnungen an die Gläubigen aller Religionen, bei der Festsetzung der Mitgifthöhe Mäßigung und Gerechtigkeit zu beachten. Gewisse Mitgiften sind dermaßen hoch, daß sie die jungen Leute zwingen, das Land zu verlassen, oder die Familien ruinieren: in jedem Falle also eine Beleidigung des Schöpfers.“

Von gemeinsamer Sorge getrieben, richten die religiösen Oberen und Führer, Katholiken wie Muslimen, einen feierlichen Aufruf an ihre Gläubigen und an alle Menschen, die guten Willens sind. Sie erinnern daran, daß die Ehe eine heilige, von Gott gewollte Institution ist und daß kein Geschöpf das Recht hat, sich durch Geld ein anderes Gottesgeschöpf zum Eigentum zu machen, schon gar nicht mittels des heiligen Ehebandes. Wenn auch eine alte Tradition die Übereinkunft zweier Familien [in Ehefragen] durch die Entrichtung einer Geldsumme symbolisierte, so darf dieser Akt niemals den Charakter einer Handelstransaktion erhalten.

Wir bitten daher, daß die Mitgiftforderung nie 15 000 frs für eine erste und 8000 frs für eine zweite Ehe überschreitet, bei Ausschließung aller weiteren Kosten. Das Ideal wäre freilich, zu einer symbolischen Mitgift zu kommen, um dadurch den jungen Leuten die Hausstandgründung zu erleichtern. Auf diese Weise würde Friede einziehen in die Herzen der Menschen, in die Familien, in die Gesellschaft.

Wir wünschen, daß unser Aufruf verstanden wird; wir bitten unsere Gläubigen, diese Wahrheiten im Angesichte Gottes zu überdenken; wir bitten die Familienhäupter, sie im Alltag durchzusetzen, wie auch die Regierung unseres Staates, sie durch Gesetz zu sanktionieren, damit so das materielle und geistige Wohl unseres Landes gefördert werde.“

Diese in jeder Hinsicht ungewöhnliche Verlautbarung zu einer dringenden sozialen Frage, gemeinsam von einem offiziellen Vertreter des Islams und einem Leiter der katholischen Mission unterzeichnet und im Parlament eingebracht, erinnert in etwa an die gemeinsame Aktion der katholischen Kirche mit den anglikanischen und evangelischen Christen in Australien (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 256). Sofern das Beispiel in Afrika Schule macht, steht zu hoffen, daß sich entsprechende Rückwirkungen auf die älteren, traditionsfestigten islamischen Staaten im Norden des Kontinents und im Vorderen Orient abzeichnen werden, zumal auch diese sich heute im Umbruch befinden. Vielleicht könnten auf diese Weise Unwissenheit, alte Vorurteile, Abneigung und Haß eingedämmt und bei entsprechender Geduld die Grenzen und Herzen der christlichen Lehre geöffnet werden.

Ökumenische Nachrichten

Die geteilte Synode von Berlin-Brandenburg

Zögernd und behutsam, ein wenig auch durch die Weigerung von Bischof Otto Dibelius behindert, seinen 1961 angekündigten Rücktritt auszuführen, hat die Provinzialkirche von Berlin-Brandenburg die Folgerungen aus der erzwungenen Trennung durch die Mauer vom 13. August 1961 gezogen und einer Lage Rechnung getragen, die auf der gesamtdeutschen Synode der EKD im Februar 1961 noch nicht vorausgesehen werden konnte (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 306 ff., und ds. Jhg., S. 20 f.). Die vom 12.—15. März 1962 tagende Synode, die an einer gemeinsamen Tagung gehindert wurde, versammelte sich in Westberlin und in Ostberlin zu getrennten Regionalsynoden mit verschiedenen provisorischen Kirchenleitungen, die nunmehr ausgebaut und legalisiert werden mußten, nachdem ein rechtzeitig erlassenes Notstandsgesetz diese Prozedur ermöglicht hatte. Die Fiktion der Einheit wurde durch verschiedene „Synchronisierungen“ auf-